

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 49

Erscheint Sonntags. Einzelpreis vierteljährlich 1,50 Mt. ohne Postzuschlag. Zur Vollzugsbestellung bei allen Postämtern. Berlin G. 2, Dorotheenstr. 149 IV. Verantw.: Zentrum 222

Berlin, den 3. Dezember 1922

Anzeigenpreis: Die 6 gepaltene Kolonietzelle 3 Mt.; für Werbendmitgl. 2 Mt.; Stellenangebote 2 Mt.; Verlagsmitgl. 1 Mt.; * * Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten. * *

38. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 49. Wochenbeitrag für 1922 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Vor Arbeitsannahme oder Zureise hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und dort nähere Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht vernachlässigt, schädigt nicht nur sich, sondern auch seine Arbeitskollegen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Beitragsleistung und Unterstützungsbezug bei Verkürzarbeiten. Die im vorigen Jahre aufgestellten Richtlinien für Beitragsleistung und Unterstützungsbezug bei Verkürzarbeiten erscheinen unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr ausreichend. Wir haben deshalb neue Richtlinien aufgestellt und bringen dieselben nachstehend zur Kenntnis:

Richtlinien.

Gültig ab 1. Dezember 1922.

Aussehen bis 12 Stunden.

Wenn weniger als 12 Stunden wöchentlich verkürzt gearbeitet wird, ist voller Beitrag zu zahlen und kann Unterstützung nicht bezogen werden.

Aussehen von 12 und mehr Stunden.

Wenn vier Wochen hintereinander 12 und mehr, aber weniger als 18 Stunden in jeder Woche ausgefüllt sind, sind in den ersten drei Wochen volle Beiträge zu zahlen. Die vierte Woche ist beitragsfrei und es kann außerdem in dieser Woche für sieben Tage Arbeitslosenunterstützung bezogen werden.

Aussehen von 18 und mehr Stunden.

Wenn drei Wochen hintereinander 18 und mehr, aber weniger als 24 Stunden in jeder Woche ausgefüllt sind, sind in den ersten beiden Wochen volle Beiträge zu zahlen. Die dritte Woche ist beitragsfrei und es kann außerdem in dieser Woche für sieben Tage Arbeitslosenunterstützung bezogen werden.

Aussehen von 24 Stunden.

Wenn zwei Wochen hintereinander 24 Stunden in jeder Woche ausgefüllt sind, ist in der ersten Woche ein voller Beitrag zu zahlen, während die zweite Woche beitragsfrei ist und außerdem für sieben Tage Arbeitslosenunterstützung bezogen werden kann.

Aussehen von mehr als 24 Stunden.

Bei mehr als 24 Stunden ausfallen in einer Woche tritt Beitragsfreiheit ein. Unterstützungsbezug kann in der Weise erfolgen, daß zwei Wochen zusammengelegt werden und der Ausfall an Arbeitszeit in vollen Tagen berechnet wird. Ueber volle Tage hinausgehende Stunden fallen für die Unterstützungsberechnung aus.

Allgemeines.

Bezug von Arbeitslosenunterstützung kommt natürlich in allen Fällen immer nur dann in Frage, wenn das Mitglied nach dem Statut bezugsberechtigt ist. — Die ersten 24 Stunden des Aussehens gelten als Karenzzeit, wenn nicht die Unterstützung im An-

schluß an früher erhaltene Arbeitslosenunterstützung bezogen wird und infolgedessen die Karenzzeit wegfällt.

2. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr wöchentlich in

	Beitragsklasse						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Eberstadt	3,-	3,-	3,-	5,-	5,-	5,-	5,-
Erfurt	6,-	6,-	6,-	10,-	10,-	10,-	10,-
Erlangen	5,-	5,-	5,-	5,-	10,-	10,-	10,-
Kaufbeuren	2,-	2,-	2,-	2,-	4,-	4,-	4,-
Richtelmbolanden	3,-	3,-	3,-	3,-	5,-	5,-	5,-
Sonneberg	3,-	3,-	3,-	5,-	5,-	10,-	10,-
Weimar	5,-	5,-	6,-	6,-	10,-	10,-	10,-
Tagen	1 weibliche Beitr. f. männliche Beitr.						
Kaiburg	5,-	5,-	5,-	5,-	5,-	5,-	5,-
Korbhausen	8,-	8,-	8,-	8,-	8,-	8,-	8,-
Serau	3,-	3,-	3,-	3,-	3,-	3,-	3,-
Wismar	1,-	1,-	1,-	1,-	1,-	1,-	1,-

Vom Verbandsbeitrag erheben in allen Beitragsklassen:

Lauenburg	10 Prozent
Königsberg	10 Prozent

3. Karten zur Arbeitslosenstatistik sind im Laufe der vergangenen Woche an alle Gau- und Zahlstellenverwaltungen gesandt worden. Stichtag für die Arbeitslosenzählung ist der 25. November, für die Feststellungen der Kurzarbeiter die Woche vom 19. bis 25. November. Die Berichtstermine sind, wie auch auf denselben bereits hingewiesen ist, spätestens am dritten Tage nach Schluß des Monats an uns abzugeben. Ganz besonders bitten wir diesmal zu beachten, daß die Karten mit 6 Mt. frankiert sein müssen.

4. Die Bildung eines Propagandafonds zur Bekämpfung aufstrebender Kriegsgefahren ist vom Internationalen Gewerkschaftsbund beschlossen und vom ADGB anerkannt worden. Unter Hinweis auf den an anderer Stelle der „Buchbinder-Zeitung“ erscheinenden Aufruf des ADGB teilen wir mit, daß alle Mitglieder verpflichtet sind, mindestens eine Extramarke zugunsten des Propagandafonds zu entnehmen. Die Extramarken mit der Bezeichnung „Krieg dem Kriege!“ werden den Gau- und Ortsverwaltungen in diesen Tagen zugesandt.

Der Verbandsvorstand.

Aufgaben des Verbandsbeirats.

Der wöchentliche Beitrag ist im Voraus zu entrichten. Die Festsetzung der Höhe der Beiträge bleibt dem Verbandsvorstand in Verbindung mit den übrigen Mitgliedern des Beirats überlassen. Der Beitrag ist an die jeweiligen Stundensöhne anzuschicken.

So heißt es im § 7 Abs. 1 unseres Verbandsstatuts entsprechend dem Beschluß des letzten Verbandstages in Kassel. Am Sinn dieses Beschlusses ist nicht zu denken. Er besagt: Die Verbandsleitung ist gehalten, dahin zu streben, daß der Verbandsbeitrag jeweils gleich sein soll einem Stundensohn, und er beauftragt unseren Verbandsbeirat, danach zu handeln. Außer Zweifel steht, daß der Verbandstag im Mai d. J. nicht voraussehen konnte, welche außerordentlichen Tempo die Gelbentwertung im Laufe der kommenden Zeit annehmen würde. Es hat sich nun gezeigt, daß der Beschluß des Verbandstages, der eine Angleichung der Beiträge an die Stundensöhne bewirkt wollte, noch weit von seiner

Durchführung entfernt ist. Als unser Verbandsbeirat am 15. und 16. September zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, um über die weitere Regelung der Verbandsbeiträge Beschluß zu fassen, da war schon zu erkennen, daß wir mit diesen ganz bedeutend zurückbleiben würden, wenn nicht ernsthaft versucht würde, dem Verbandsratsbeschluß Geltung zu verschaffen. Der wenige Tage vor der Beiratsitzung getätigte Abschluß mit den „Apl“-Verbänden brachte in der zweiten Ortsklasse einen Spitzenlohn von 67,50 Mt., aber der Beirat setzte den Beitrag für die höchste Klasse auf nur 55 Mt. fest. Dabei lag in dem „Apl“-Vertrag bereits die Bestimmung, daß der Abschluß nur bis zum 7. Oktober laufen sollte und es bestand die Wahrscheinlichkeit, daß von diesem Tage ab neue wesentlich höhere Löhne in Kraft treten würden. Die damals schon vorliegenden vierwöchigen Tarifabschlüsse ließen auch schon erkennen, daß bis zum Jahreschluß mindestens noch drei weitere Lohnabschlüsse getätigt werden. Trotzdem beschloß der Beirat, daß außer der von ihm festgesetzten Beitragserhöhung, die vom 1. Oktober ab galt, im Laufe des 4. Quartals nur eine weitere Erhöhung der Verbandsbeiträge in Kraft treten sollte, und zwar am 15. November. Als den nächsten Termin zu einer nochmaligen Erhöhung sah er den 1. Januar nächsten Jahres vor. Dabei beschloß er ausdrücklich, daß sich diese weitere Beitragserhöhung „mehr als wie jetzt schon möglich war, den bis dahin erfolgten Lohnzahlungen anpassen und mindestens die tariflichen Stundensöhne erreichen“ haben sollte.

Wie es mit der Durchführung dieser Beschlüsse aussieht, weiß jedes Mitglied. Heute, wenige Tage vor einem neuen Lohnabschluß, der wiederum eine wesentliche Steigerung unserer Stundensöhne bringen muß, haben wir in der höchsten Beitragsklasse einen Beitrag von 100 Mt. bei einem heute geltenden Stundensohn von 167 Mt. in der zweiten Ortsklasse, der in wenigen Tagen weit überholt sein dürfte. Aus der Spannung von 55 : 67,50 vom 1. Oktober ist jetzt eine Spannung geworden von 100 : 167. Hätten wir also am 1. Oktober nahezu den Beschluß des Verbandstages zur Durchführung gebracht, dann steht die Sache heute so, daß unser Beitrag nur drei Fünftel des Stundensohnes der zweiten Ortsklasse beträgt. Und wenn beim Erscheinen dieser Nummer ein neues Lohnabkommen getätigt sein wird, gestaltet sich das Verhältnis noch ungünstiger. Wegen Jahreschluß wird der Beitrag dann nur noch einen Bruchteil eines Stundensohnes betragen. Eine solche Entwicklung hat der Verbandstag nicht gewollt, weil er sehr wohl wußte, daß bei ungenügender Beitragsleistung die Arbeit der Organisation schweren Schaden haben müßte.

Diejenigen, die mit der Friedfertigkeit der Aufgaben unseres Verbandes betraut sind, haben die zur Beschlußfassung berufenen Körperschaften rechtzeitig auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht, sie tragen also die Verantwortung hierfür nicht. Sie wollten den letzten Beitragsbeschluß sinngemäß zur Durchführung bringen und beantragten darum, zu Beginn eines jeden Monats, besser gesagt, mit dem Inkrafttreten eines jeden neuen Lohnabschlusses, auch die Beiträge entsprechend festzusetzen. Diesem Verlangen ist man nicht gefolgt, sondern hat sich daran gehalten, daß nur am 15. November und am 1. Januar 1923 Beitragserhöhungen stattfinden sollen. Unser Beirat, der Mitte Dezember zusammentreten wird, hat sich mit tiefen Dingen zu beschäftigen und er wird, wenn er

den Anforderungen der Zeit nachkommen will, grundsätzlich dahin entscheiden müssen, daß bei jeder neuen Lohngregelung auch eine Beitragsregelung stattfindet. Geschieht dies nicht, dann läuft unser Verband Gefahr, mit seinen Beiträgen so ins Hintertreffen zu geraten, daß er nie wieder gutmachen kann, was er versäumt hat. Die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Organisation ist heute mehr denn je die Voraussetzung ihrer Arbeiten im Sinne der Mitglieder.

Diesem außerordentlich bedauerlichen Zurückbleiben unserer finanziellen Entwicklung fallen ganz naturgemäß eine ganze Anzahl unserer notwendigen Arbeiten zum Opfer, in erster Linie die, welche einen großen Aufwand von Geldmitteln erfordern. Dazu gehört infolge der horrenden Steigerung des Papierpreises unsere „Buchbinder-Zeitung“. Auch diese Frage ist unseren Mitgliedern nicht neu. Wir haben in den Art. 9 und 10 vor dem Stattfinden des Verbandstags in einem Artikel über „Die Not der Presse“ und in einem weiteren über „Die Kosten unserer Zeitung“ einiges gesagt und außerdem in dem schriftlichen Bericht an den Verbandstag (Seite 66 und 67 des Verbandstagsprotokolls) verschiedene Momente angeführt, die hierbei berücksichtigt werden müssen. Die in Nr. 9 in dem Artikel „Die Not der Presse“ angegebenen Berechnungen der Kosten der Buchbinder-Zeitung“ muten heute ob ihrer Geringfügigkeit fast wie ein Märchen an. Die Ursache zu der Verteuerung der Zeitungen liegt in dem wachstümlichen Steigen der Papierpreise. Die bereits in Nr. 27 der „Buchbinder-Zeitung“ wiedergegebene Tabelle bringen wir im Auszug folgend noch einmal, ergänzt durch die inzwischen weiter eingetretenen Verteuerungen. Es kostete ein Kilo Papier im

Juli 1914	0,21 Mk.
Juli 1915	0,22 "
Juli 1916	0,36 "
Juni 1917	0,38 "
November 1917	0,48 "
Juli 1918	0,54 "
Juli 1919	0,99 "
Januar 1920	1,95 "
November 1921	3,48 "
Februar 1922	7,30 "
Juli 1922	20,- "
August 1922	28,- "
September 1922	70,- "
Oktober 1922	98,59 "
1. November 1922	165,- "
15. November 1922	235,- "

An dieser Preisentwicklung steht jeder, in welcher Auflage sich das Zeitungsgewerbe, in erster Linie die Gewerkschaftspressen, befindet, da diese irgendwelche Einnahmen besonderer Art nicht hat, wenn man von den Einnahmen aus Anzeigen, die nur eine lächerlich geringe Summe ausmachen, absehen will. Die Kosten der Gewerkschaftspressen werden mit einigen Ausnahmen aus den Beiträgen der Mitglieder gedeckt, und auch bei unserer „Buchbinder-Zeitung“ ist das nicht anders. Noch immer hat es in unserem Verbandsstatut geheißen: „Das Verbandsorgan wird allen Mitgliedern unentgeltlich geliefert.“ Wenn aber, wie oben dargelegt wurde, die Einnahmen des Verbandes in so bedenklichem Maße hinter den Erfordernissen zurückbleiben, dann ist es begreiflich, daß bei der Suche nach Möglichkeiten zum Sparen auch dort Umschau gehalten wird, wo die Ausgaben des Verbandes in so außerordentlichem Maße angeschwollen sind, als wie bei den Ausgaben für Druck und Papier für die Zeitung.

Man muß erschrecken, wenn man hört, daß z. B. für die vorliegende Nr. 49 der „Buchbinder-Zeitung“ für das notwendige Papier 582 567 Mk. ausgegeben werden müssen, und daß die Satz- und Druckkosten sich auf 255 690 Mk. stellen. Rechnet man die übrigen Ausgaben dazu, dann kommt man auf eine Gesamtsumme von rund 950 000 Mk. Das heißt: jedes einzelne Exemplar dieser Nummer kostet der Verbandskasse rund 9,20 Mk. Bringt man diese gewaltigen Ausgaben, die ihre Ursache in der Steigerung der Papierpreise haben, in Verbindung mit dem oben kurz dargelegten Zurückbleiben unserer Verbandsbeiträge, dann kann sich jeder einzelne über das entstandene Mißverhältnis selbst klar werden. Es ist möglich, daß auch bei einem zeitgemäßen Verbands-

beitrag die Veruche nicht ausbleiben konnten, an den Ausgaben des Verbandes zu sparen, und daß auch die Zeitung ein solches Sparobjekt abgeben würde. Das Wirtschaften mit Arbeitergroschen bringt eine besondere Verantwortung mit sich. Aber richtig ist auch, daß bei einer vernünftigen Berücksichtigung aller notwendigen Ausgaben jede gewerkschaftliche Organisation auch die Ausgaben für ihre Zeitung tragen kann, wenn sich die Einnahmen immer im richtigen Verhältnis zur Geldentwertung bewegen. Alle Mittel, Ersparnisse nach der hier berührten Seite zu machen, müssen sich früher oder später an der Organisation selbst bitter rächen. Unserem Beirat obliegt jetzt mit die Aufgabe, in seiner nächsten Tagung Mitte Dezember auch hierzu Stellung zu nehmen und dabei mit zu beachten, was in den Art. 9 und 10 unserer Zeitung und im Bericht vom Verbandstag (Protokoll Seite 66 und 67) gesagt ist. Im Interesse unseres Verbandes ist zu wünschen, daß er in allem das Richtige finden wird. Unsere Mitglieder aber mögen aus diesem Notruf ersehen, daß es uns und der Verbandsleitung ernst ist mit dem Bestreben, unseren Verband allezeit schlagfertig zu erhalten. Und wiederum sei es gesagt: Die Voraussetzung dazu sind zeitgemäße Beiträge. Zeitgemäß aber sind nur solche, die sich dem Stundenlohn anpassen.

An die Gewerkschaftsmitglieder!

In Ausführung der Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses von Rom im April dieses Jahres hat der Internationale Gewerkschaftsbund (Sitz Amsterdam) die Errichtung eines

Internationalen Kampffonds gegen Militarismus und Reaktion

eingeleitet. Jedes Mitglied soll durch einen einmaligen Beitrag zu diesem internationalen Fonds seinen entschlossenen Willen bekunden, aktiv teilzunehmen an dem notwendigen Abwehrkampf gegen die Reaktion und zur Verhinderung neuer Kriege.

In allen Ländern werden diese Beiträge gegenwärtig von den Gewerkschaften erhoben gegen Quittungsmarken, die der IGB. herausgegeben hat.

Für Deutschland kommen Marken zu 5 Mk. für männliche, sowie zu 3 Mk. für weibliche und jugendliche Mitglieder in Betracht. Diese Marken werden jetzt von allen Zentralverbänden in den Zahlstellen vertrieben.

Wir rufen die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften hiermit auf, ihren

Beitrag zu diesem Fonds

so zeitig zu leisten, daß der Gesamtbeitrag von allen Verbänden bis zum 31. Dezember d. J. abgeliefert werden kann.

Die in Deutschland ausgegebenen Marken tragen den Ausdruck:

Krieg dem Kriege Internationaler Gewerkschaftsbund Amsterdam.

Jedes Mitglied soll mindestens eine Marke kaufen. Angesichts des jetzt so tief gesunkenen Wertes der deutschen Mark sollte jedoch jeder, der dazu in der Lage ist, mehrere Marken lösen. Auch an Nichtmitglieder können diese Marken abgegeben werden.

Wir wissen, daß die gesamte Arbeitnehmererschaft Deutschlands einzig ist in der Bekämpfung der Reaktion und des Militarismus. Dieser Abwehrkampf tobt zurzeit in allen Ländern. Ihn international zu unterstützen, soll der Zweck des internationalen Fonds sein. Der finanziellen Kraft des internationalen Kapitalismus soll der Internationale Kampffonds der Gewerkschaften gegen Militarismus und Reaktion entgegengestellt werden.

Die Beschaffung ausreichender Geldmittel für diesen Fonds liegt im Interesse auch der deutschen Arbeitnehmererschaft, wie die Ereignisse im Lande täglich aufs neue zeigen. Deshalb erwarten wir, daß kein Gewerkschafter in Deutschland sich weigern wird, den geforderten einmaligen Beitrag zu leisten.

Berlin, den 21. November 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:
L. H. Leipart.

Allgemeiner freier Angestelltenbund:
E. Aufhäuser, W. Stähr, Bruno Eich.

Zum Weltfriedenskongress im Haag.

Von Edo Timmen,

Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam.

So sicher es ist, daß Kriege nur aufhören, wenn auch die kapitalistische Gesellschaft einer anderen, höheren Menschheitsorganisation Platz gemacht hat, so sicher ist doch zugleich, daß auch im kapitalistischen Regime die Feinde des Krieges die Hände nicht verzagt in den Schoß legen dürfen.

Am allerwenigsten darf dies das Proletariat, denn wenn ihm bisher die Erkenntnis noch fehlte, so hat es ihm der hinter uns liegende Krieg mit schmerzenden Schlägen eingehämmert, daß jeder Krieg nicht nur ein furchtbarer Zerstörer von Kultur und Leben, sondern vor allen Dingen auch die entsetzliche Geißel der Arbeiterklasse selbst ist. Denn wie immer ein Krieg ausgehen mag, ein Verlierer steht von vornherein fest: das Proletariat. Seine Söhne sind es, welche die Schlachtreihen füllen, sein Blut ist es, das dort in Schmerz und Weh gerrinnt, und seine Arbeit ist es, welche das in unheiliger Wahn zerstörte wieder aufbauen muß.

So kann es für das Proletariat zum Kriege — und zwar zu jedem Kriege — nur eine Stellungnahme geben: keine erbitterteste Bekämpfung. Hier gibt es keine Gemeinschaft mit den herrschenden Klassen, und hier gibt es keine Gebundenheit an einen Staat.

Leider hat es erst der entsetzlichen Erfahrungen der letzten Jahre bedurft, um diese Erkenntnis auch zum wirklichen Gemeingut der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu machen. Bis zum Kriege sind die Gewerkschaften der Frage des Krieges ausgewichen und haben sie den politischen Parteien des Proletariats überlassen.

Heute geht das nicht mehr an. Heute wissen die Gewerkschaften, daß der Krieg auch den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse hemmt, daß er mit einem Schläge vernichtet, was die Gewerkschaften in jahrzehntelanger Mühen errichtet haben. Heute muß darum die Gewerkschaftsbewegung gemeinsam mit den politischen Parteien des Proletariats auch in der Kriegsbekämpfung die Führung in die Hand nehmen, und zwar sowohl national wie international. Denn man geht sich nicht dem Wahne hin, daß nach einem solchen ungeheuerlichen Gemetzel, das an die zehn Millionen Menschenleben gemordet und fünfzehn Millionen zu Krüppeln gemacht hat, eine Kriegsgefahr nicht mehr aufkommen könne. Die Zeichen der Zeit deuten auf alles andere als auf Frieden. Es ist vielmehr, als ob das vergossene Blut nur neuen Blutdurst geweckt, die gewonnene Macht nur die Machtgier gesteigert und der entgangene Sieg den Willen zum Siege nur noch lebendiger gemacht habe. Verblendet hat liegt wie eine finstere Wolfe über Europa, und die Beiträge selbst, die ein Pfand des Friedens sein sollen, sind nur Quellen neuer, viel furchtbarer Kriege.

Um keinen Augenblick darf darum das Proletariat keinen Kampf gegen den Krieg mehr verzögern. Es muß jeden Tag zur Sammlung seiner Kräfte nützen und durch deren internationale Verknüpfung einen Widerstand organisieren, so mächtig und stark, daß jeder Versuch, ihn zu brechen, zum Scheitern verurteilt ist.

Von dieser Einsicht geleitet, haben sich die Vertreter der Gewerkschaften fast aller Länder, als sie schon kurz nach dem Kriege die internationalen Bande wieder anknüpften, einmütig gegen jeden Krieg ausgesprochen. Dieser Beschluß wurde dann auf dem im November 1920 in London stattgefundenen Kongress nicht nur bestätigt, sondern durch ausdrückliche Hervorhebung des Massenstreiks und des internationalen Boykotts als des wirksamsten und unerschütterlichsten Mittels der Kriegsbekämpfung erweitert. Von ähnlichem Geiste sind auch die internationalen Berufskongresse getragen gewesen, die zu dieser Frage Stellung genommen haben.

Der Internationale Gewerkschaftsbund erachtete es deshalb für wichtig, mit diesen internationalen Berufssekretariaten in der Frage der Kriegsbekämpfung eine gemeinsame Aussprache herbeizuführen und berief deren Vertreter im November 1921 zu einer besonderen Sitzung in Amsterdam zusammen. Diese Konferenz sprach noch einmal die bei einem neuen Krieg zu ergreifenden Maßnahmen eingehend durch,

erörterte die Möglichkeiten eines Zusammenarbeitens und setzte schließlich ein provisorisches Komitee zur Durchführung aller vorbereitenden Maßnahmen ein.

Den sichtbarsten Niederschlag fand der Wille und die Entschlossenheit der Gewerkschaften zum Kampfe gegen den Krieg auf dem im April dieses Jahres in Rom stattgefundenen Internationalen Gewerkschaftskongress. Dieser Kongress, der von 107 Delegierten besucht war, die zusammen etwa 24 Millionen organisierte Arbeiter vertraten, legte den im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeitern die Pflicht auf, „allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks zu verhindern“.

Dieser schlichte Rückblick schon zeigt, daß nunmehr der Internationale Gewerkschaftsbund die Führung im Kampfe gegen den Krieg übernommen hat. Selbstredend muß er hierbei darauf bedacht sein, alle in der Welt vorhandenen Strömungen gegen den Krieg, soweit diese von Organisationen getragen sind, in denen wahrer und unüberbrücklicher Wille zur Kriegsbekämpfung lebendig ist, zu einem Ganzen zusammenzufassen.

Einen Versuch hierzu stellt der vom IGB. zum 10. Dezember in den Haag einberufene Weltfriedenskongress dar, zu dem absichtlich alle kriegsgegnerischen Organisationen der Welt eingeladen sind, soweit sie sich selbst zu der in Rom gefassten Entschliebung bekennen.

Natürlich wird keineswegs verkannt, daß jeder Kampf gegen den Krieg nur Stückwerk bleibt, solange es nicht gelungen ist, seine eigentliche Quelle, den Kapitalismus mit dem ihm innewohnenden Widerstreit, zu verschütten, und daß der Kampf darum immer im Auge halten muß die Verdrängung der kapitalistischen Anarchie durch eine sozialistische internationale Weltordnung. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß in dem Abwehrkampf, zu dem die Arbeiterschaft bis zur Überwindung des Kapitalismus selbst gezwungen ist, sie auch Kampfgenossen in noch nicht dem Sozialismus ergebenen Kreisen finden kann und diese nicht von sich abweisen darf.

Wenn irgendwas und irgendwann, so dürfte hier die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens auch mit bürgerlichen Kreisen gegeben sein, denn ihre Kampfstellung zum Kriege entspringt vielfach hohem menschlichen Fühlen. Sie sehen im Kriege eine Schändung der ganzen Menschheit, und gewiß sind Teile der bürgerlichen Pazifisten, wie der von manchen ihrer Organisationen gefasste Beschluß zur Kriegsdienstverweigerung erkennen läßt, nicht nur zum theoretischen, sondern auch zum praktischen, mit dem Einsatz großer persönlicher Opfer verbundenen Kampf entschlossen.

In erster Linie aber soll dieser Kongress das Gewissen der Menschheit aufwachen. Er soll Anklage erheben gegen alle, die verbrochen genug sind, die Völker neuen Gemeteln entgegenzuführen, und soll nicht zuletzt jenen Diplomaten, die noch immer auf die Stärke ihrer Heere pochen zu können glauben und in den Waffen ein unfehlbares Instrument ihrer Politik erblicken, vor aller Welt deutlich machen, daß ihrer Macht heute eine andere Macht gegenübersteht, und daß jeder Marsch ihrer Heere sofort von dem Marsch eines anderen, ungleich gewaltigeren Heeres aufgeshalten würde: dem Heer der Arbeiter, die nur einen Krieg kennen: den Krieg gegen die unterdrückende Klasse, den Krieg gegen Kapitalismus und Imperialismus, den Krieg gegen den Krieg selbst.

Die Opfer des Weltkrieges.

Der Weltfriedenskongress in Haag, der vom Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbund zum 10. Dezember und folgende Tage nach dem Haag einberufen worden ist, wird von der Arbeiterschaft der ganzen Welt besonders begrüßt und seine Notwendigkeit anerkannt werden, wenn sie die folgenden erschütternden amtliche Statistiken über die Opfer des Weltkrieges kennenlernt. Die Gesamtzahl der Toten aller Länder wird auf 10 Millionen, die der Verwundeten auf 20 bis 30 Millionen geschätzt. Soweit zuverlässige Zahlen vorliegen, entfielen auf

	Tote	Verwundeten
Deutsches Reich	1 824 051	4 247 105
Frankreich (weiße Truppen)	1 358 872	2 560 000
„ (farbige) „	87 000	140 000
England (ohne Kolonien)	743 702	1 693 282
„ (Kolonien)	202 321	428 614
Italien	496 921	949 576
Belgien	115 000	—
Serbien	690 000	—
Ver. Staaten von Amerika	56 618	245 994

Daß der Krieg gerade unter den im besten Mannesalter Stehenden die meisten Opfer gefordert hat, ist naheliegend. So standen rund 10 Proz. der Gefallenen des Deutschen Reichs im Alter von 20 bis 21 Jahren, während rund 800 000 19 bis 25 Jahre alt waren; 79 Proz. der Gefallenen waren ledig und 21 Proz. derselben verheiratet.

Die Gesamtzahl der während des Krieges mobilisierten Männer wird auf 75 Millionen geschätzt, wovon 13 1/4 Millionen auf Deutschland entfielen.

Ueber die Unsummen von Kulturwerten, die durch dieses wahnsinnige Verbrechen zerstört wurden, gibt es noch keine Zahlen. Noch weniger läßt sich der unendliche Kummer, das Herzleid und Elend in Zahlen wiedergeben, die dieser Krieg der Menschheit gebracht hat. Und dennoch zählen in allen Ländern jene nach Hunderttausenden, die mit dem Gedanken eines neuen Weltkrieges verbrochenisch spielen. Um so energischer muß darum die Arbeiterschaft solche wahnsinnigen Ideen schon im Keim ersticken.

Die Steuerbelastung des Arbeiters.

Unter den Einwänden, die unsere Unternehmer bei unseren Lohnverhandlungen immer wieder vorbringen, um die Unmöglichkeit der Bewilligung unserer Forderungen im vollen Umfang darzutun, gehört der der gewaltigen Steuerbelastung der Betriebe nicht zu den letzten. Daran ändern auch die ständigen Hinweise darauf nichts, daß nicht die Betriebsinhaber diese Lasten tragen, sondern daß sie auf die Konsumenten abgewälzt werden. Und wenn überhaupt eine Antwort erfolgt, dann besteht sie in der Regel nur in einem Achselzucken eigener Art, das zum Ausdruck bringen soll, daß entweder die Arbeiterschaft hiervon nichts versteht oder daß man sich diesem Glauben ja nicht hingeben dürfe, weil er ein falscher sei. Dabei ist selten eine Behauptung richtiger als wie die, daß der Arbeiter von seiner Steuerlast geradezu erdrückt wird, während alle anderen Steuerzahler genug Mittel und Wege haben, um ihrer Pflicht als Steuerzahler aus dem Wege zu gehen.

Hieran ist nicht zu zweifeln: Der rapide Sturz der Mark bedeutet für die Arbeiterschaft eine ernste Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Lage. Die Löhne vermögen der Entwertung des Geldes nicht nachzujohlen; die Kaufkraft der Löhne wird immer geringer. Hinzu kommt, daß gleichzeitig automatisch mit der Erhöhung der Löhne der Prozentsatz wächst, den der Arbeiter als Einkommensteuer von seinem Einkommen abzugeben hat. Die in absoluten Zahlen festgesetzten Abzüge für Werbungskosten fallen den ständig wechselnden Steuerbeträgen gegenüber immer weniger ins Gewicht, so daß der Prozentsatz der tatsächlichen Abgabe ständig steigt. Für die meisten Arbeiterkategorien hat er sich bisher seit dem Juli dieses Jahres fast verdoppelt. Berücksichtigt man ferner, welches Ausmaß die Abzüge vom Arbeitslohn angenommen haben, dann ergibt sich eine Belastung, die fast ein Fünftel des Verdienstes beträgt. Eine erhebliche Verschlechterung der Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger ist dabei unvermeidlich und die durch den Marksturz hervorgerufene Verschärfung der Einkommensteuer fällt dabei mit am stärksten ins Gewicht.

Auf der anderen Seite gibt das Fortschreiten der Marktentwertung allen Kreisen, die nicht von der Lohnsteuer betroffen sind, die Möglichkeit, sich bei der Bezahlung der Einkommensteuer selbst zu entlasten. Sie zahlen ihre Steuern ein Jahr später mit dem Gelde, das auf ein Zehntel seines Wertes oder noch weiter gesunken ist, wobei noch zu berücksichtigen bleibt, daß die Veranlagung in diesen Kreisen nicht so scharf durchgeführt wird wie bei den Lohn- und Gehaltsempfängern. Während die Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Steuern laufend bezahlen, können die nicht von der Lohnsteuer betroffenen

Schichten mit ihrer Steuerschuld geradezu auf die weitere Entwertung der Mark spekulieren. Das sprechendste Beispiel hierfür bietet die Zwangsanleihe, die heute nicht mehr eine Goldmilliarde, sondern noch nicht 100 Goldmillionen wert ist. Dabei sind auf die 70 Papiermilliarden bisher nur etwa 2,5 Milliarden eingezahlt — ein Beweis dafür, daß der deutsche Besitz auf die weitere Entwertung der Mark zum Nachteil für die Finanzen des Reiches spekuliert. Diese Tatsachen führen dazu, daß sich ein schreckendes Mißverhältnis zwischen den tatsächlichen Steuerleistungen der Arbeiterschaft und denen des Bestges herausbildet.

Dieser sozialen Ungerechtigkeit muß gesteuert werden. Zwar ist auch jetzt wieder eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes beschlossen worden, aber wie sich aus den leider außerordentlich unvollkommenen Angaben der Tagespresse, in denen sich niemand zurechtfinden kann, ergibt, ist völlig unzureichend. Was gefordert werden muß, ist eine Steuererleichterung ganz wesentlicher Art für alle Lohn- und Gehaltsempfänger. Deren von der Steuer freibleibende Einkommensteile dürfen nicht in festen Sätzen ausgedrückt werden, um zu erreichen, daß bei weiterer Geldentwertung die zu zahlende Steuer summe sich dieser Geldentwertung automatisch anpassen. Auf der anderen Seite muß gegenüber dem Besitz schärfer vorgegangen werden, der genau wie der Lohn- und Gehaltsempfänger gezwungen werden muß, allwöchentlich oder allmonatlich seine Steuern abzuführen in einer Höhe, die einermachen im Verhältnis zu seiner tatsächlichen Steuerpflicht liegt.

Produktionsförderung und Achtstundentag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur Frage der Produktionsförderung und des Achtstundentages nach eingehender Beratung und in Uebereinstimmung mit dem DGB, der IFA und dem Deutschen Beamtenbund folgenden Beschluß gefaßt:

„Ohne eine aktive Währungspolitik, die der weiteren Geldentwertung und Teuerung Einhalt gebietet, ist der gegenwärtigen Notlage des deutschen Volkes nicht zu steuern. Die Stabilisierung der Mark ist die dringlichste und erste Aufgabe einer Politik, deren Ziel die Behebung dieser Notlage ist. Der Versuch, durch Verkürzung der Arbeitszeit unter Zurückstellung der Stabilisierung der Mark eine Produktionssteigerung herbeizuführen, muß abgelehnt werden. Jede Produktionssteigerung ist bei fortbestehender Währungszerstückelung gehemmt. Denn solange der Verdienst der Arbeiter durch den Währungsverfall von Woche zu Woche geschnitten wird, bleibt bei der Arbeiterklasse ein fortdauerndes Gefühl stärkster Beunruhigung, so daß sie nicht zu der sonst möglichen Steigerung der Intensität ihrer Arbeit gelangen kann.“

Unter grundsätzlicher Betonung dieses Standpunktes hält die SPD. nach wie vor an dem alten sozialistischen Grundsatz fest, daß die Arbeiterklasse alles Interesse an einer wirksamen rationalen Ausgestaltung und Vermehrung der Produktion hat.

Die bisher vorgenommenen Untersuchungen über die Steigerung der Arbeitsleistung haben erwiesen, daß trotz der Anspannung der Verhältnisse in einem Teil der Industrie die Arbeitsleistung der Vorkriegszeit wieder erreicht, in einem anderen Teil bereits erheblich überschritten ist. Sie haben aber auch weiter ergeben, daß in jenen Betrieben, in denen der frühere Wirkungsgrad noch nicht wieder erreicht ist, Mängel technischer Art die Hauptursache waren.

Während die deutschen Unternehmen in der Vorkriegszeit zur Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt genötigt waren, einen wesentlichen Teil der erzielten Produktionsgewinne zur stetigen technischen Bervollkommnung ihrer Produktionsmittel und organisatorischen Ausgestaltung ihrer Betriebe abzugeben, entbehrt die fortgeschrittene Geldentwertung durch Ausschaltung der Konkurrenz und durch monopolistische Preisgestaltung die Produzenten heute von dem Zwange, in gleichem Maße wie früher ihre Aufmerksamkeit und ihre Mittel dem technischen Ausbau der Betriebe zuzuwenden. Dazu kommt die er-

hebliche Verschlechterung des Verhältnisses der Produktion zu den unproduktiven Leistungen der Volkswirtschaft, insbesondere durch übermäßige Ausdehnung des Zwischenhandels, der Spekulation und übermäßige Bewirtschaftungsarbeiten und -kosten.

Mit aller Entschiedenheit lehnt die W.P.D. jede Verlängerung der gesetzlichen achtstündigen Arbeitszeit ab. Gesetzliche Ausnahmen können nur in den Fällen höherer Gewalt zugelassen werden. Sonst kann die Leistung von Arbeitern nur von Fall zu Fall, zeitlich begrenzt und nur durch kollektive Vereinbarung mit den zuständigen Gewerkschaften erfolgen.

Da Produktionsprogreß und Staatsverwaltung innere Zusammenhänge aufweisen, kann auch für die Steigerung der Arbeitsintensität in den Staatsbetrieben nur die grundsätzliche Anwendung vorschreibender Richtlinien in Frage kommen.

Eine wirkliche Befundung der Wirtschaft erfordert die Anerkennung des Grundgesetzes, daß die Gesamtinteressen den Einzelinteressen voranzugehen haben und daß die Arbeitnehmer als gleichberechtigte Faktoren der Wirtschaft anerkannt werden.

Regierungskrise, Teuerungsunruhen und Arbeitslosigkeit.

Aus Anlaß der jetzt beendeten Regierungskrise wird uns geschrieben:

V. W. B. Während der Verhandlungen in den Fraktionen und bei den Erörterungen in der Presse, die dem Rücktritt des Kabinetts Vorschub gaben, drehte es sich weniger — wie vielfach behauptet wird — um parteipolitische Machfragen und Prinzipienreiterei. Es handelte sich vielmehr darum, in welchem Sinne die Wirtschaftspolitik Deutschlands künftig geführt und auf welchem Wege die Stabilisierung der Mark angestrebt werden soll. Es stand also die wichtigste Lebensfrage der deutschen Wirtschaft zur Diskussion. Die hohe Bedeutung des kritischen wirtschaftspolitischen Problems erklärt bis zu einem gewissen Grade die Hartnäckigkeit, mit der einzelne Parteien ihren Standpunkt während der Krise vertraten. Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit aber auch sehr deutlich, wie sehr die eigenartige Struktur der deutschen Wirtschaft die Durchführung einer großzügigen Wirtschaftspolitik nach bestimmten Richtlinien erschwert.

In Rußland, wo nahezu 90 Proz. der Bevölkerung dem Kleinbauernstande angehören, in England, wo der größte Teil der wirtschaftlichen Kräfte sich in der Warenherstellung und dem Vertrieb der Industrieerzeugnisse befindet, und sogar in Frankreich, wo der kleine Mittelstand auch im Handel und Gewerbe noch die ausschlaggebende Rolle spielt, lassen sich die wirtschaftspolitischen Interessen der Nation viel leichter in einem Programm zusammenfassen als in Deutschland, wo neben der hochentwickelten Industrie und dem Handel eine ausgedehnte Landwirtschaft steht.

Unter dem Druck der Reparationskosten und der Einengung der deutschen Konkurrenz am Weltmarkt

sowie unter dem Einfluß des Währungsverfalls haben sich die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze im deutschen Volk während der letzten beiden Jahre so sehr verschärft, daß jede Umbildung der Regierung ernste Gefahren für den inneren Frieden in sich birgt. Aus dieser Sachlage heraus erklärt sich die Tatsache, daß bei uns eine Kabinettsbildung sich in der Regel viel langwieriger gestaltet und schwieriger zu lösen ist als in anderen europäischen Ländern. Unabwendbar muß aber ein Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen gefunden und eine gewisse Stetigkeit in die Wirtschaftspolitik gebracht werden. Die deutsche Wirtschaft frantke in den letzten Monaten hauptsächlich daran, daß nicht nur die zuständigen Ministerien, sondern sogar innerhalb derselben die einzelnen Ressorts regelmäßig Wirtschaftspolitik auf eigene Faust und ohne Zusammenwirkung mit dem Gesamtapparat trieben. Durch dieses planlose Gegeneinanderwirken der Kräfte wurde der Erfolg der meisten wirtschaftspolitischen Befehle und Verordnungen von vornherein unterbunden.

Das deutsche Volk leidet schwer unter den Wirkungen dieser Zustände. Teuerung, Arbeitslosigkeit und Geldentwertung machen beängstigende Fortschritte. Dort, wo durch landfremde Besatzungstruppen und durch ungenügenden Schutz vor Ausplünderung des Warenmarktes durch Hamsterer aus volatilen Ländern die Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse von Tag zu Tag immer mehr in die Höhe getrieben werden, hat sich der Unwille der Konsumenten bereits zu Ausschreitungen verdichtet. Dieses Vorgehen verpricht natürlich keinerlei Erfolg und ist nur geeignet, unsere Not noch zu steigern. Die Vorgänge im rheinischen Industriegebiet sollten aber allen beteiligten Kreisen eine Warnung sein. Vor allem sollten auch unsere früheren Kriegsgegner einsehen, daß man nicht gut tut, die Not des deutschen Volkes durch Aufrechterhaltung einer ganz überflüssigen und furchtbar drückenden Besatzung noch zu vergrößern. Die Arbeiterschaft im Reich kann aber, zumal im Hinblick auf die sich allenthalben mehrenden Betriebs Einschränkungen und Entlassungen von Arbeitern nicht eindringlich genug vor einem planlosen Zugange nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet gewarnt werden. Dort gezielte höhere Löhne mögen manchem, der die Verhältnisse nicht kennt, verlockend erscheinen. Die Teuerungsunruhen zeigen aber, daß die Arbeiterschaft im Rheinlande infolge der hohen Lebensmittelpreise sich bereits in schlimmer Lage befindet. Dazu kommt, daß in Westdeutschland durchaus kein Arbeitermangel besteht. Arbeitslose irren bereits massenhaft obdachlos im Industriegebiet umher und wahrscheinlich ist die Arbeitslosigkeit schon jetzt im besetzten Gebiet größer als andernorts.

Allerdings, das Problem der Arbeitslosigkeit ist ein internationales, es droht sich zu einer internationalen Katastrophe auszuwachsen. Die Arme der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, die heute der Produktion entzogen sind und damit die Produkte verteuern, beträgt jetzt mindestens 25 Millionen. Dazu kommt aber noch die „unsichtbare“ Arbeitslosigkeit, die in öffentlichen Betrieben zwiefel Beschäftigten, und vor allem die in volatilschwachen Ländern zu Schandlöhnen Beschäftigten. In Deutschland und Österreich sinkt die Kaufkraft des Lohnes fast unausgeseht, d. h. die Differenz zwischen der Steigerung

der Löhne und den Kosten der Lebenshaltung wird immer größer.

Die Folge des wachsenden Unterkonsums der Massen ist eine wachsende Unterproduktion, damit eine Verteuerung der Produktion, weil sich die Länder wirtschaftlich immer mehr abschließen; die Krise wird zur Katastrophe. In erster Linie sind es die freien Berufe und die Arbeiter, die dabei unter die Räder kommen. In allen Ländern ist die Arbeiterbewegung in die Abwehr gedrängt. Sie muß Riesenämpfe führen, um die Massen vor einer wachsenden Verteuerung zu schützen. Durch die Valutantenrische kann die Arbeiterschaft fast keine praktische internationale Solidarität mehr üben. Sie kann höchstens noch versuchen, durch Sammlungen den Hunger in den größten Gläubigern vorübergehend zu bekämpfen.

Und doch ist die Arbeiterbewegung zahlenmäßig heute unvergleichlich stärker als vor dem Kriege, und auch ihr politischer Einfluß ist fast in allen europäischen Ländern bedeutend größer. Sie ist aber wirtschaftlich und politisch so lahmgelegt, geschwächt, daß ihr nomineller Zuwachs dadurch fast aufgehoben ist. Gleichzeitig ist, vom Krieg und der Nachkriegswirtschaft begünstigt, die Konzentration und Vertiefung des Kapitals ungeheuer gewachsen. Und während die Massen darben, machen die großen Kapitalistengesellschaften Milliardengewinne!

Reichspressehilfe und Gewerkschaftszeitungen.

Der Reichstag hat im Juli d. J. ein Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse beschlossen. Es ist eine Rückvergütungsstelle für die deutsche Presse geschaffen worden, aus der ein Zuschuß zu dem Druckpapierpreis gezahlt werden soll. Die Mittel werden aufgebracht durch eine Abgabe, die von den Wabbesitzern und Exporteuren zu zahlen ist. Seit Juli haben die Besitzer von fortwirtschaflichen Grundstücken von zehn Hektar und mehr 1/2 Proz. des Holzverkaufspreises an diese Kasse zu zahlen. Die Ausfuhrabgabe beträgt 1/2 Tausend des Wertes.

Die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz sind am 7. Oktober erlassen. Hiernach werden Rückvergütungen auf den Druckpapierpreis gezahlt an die Verleger der politischen Zeitungen und Zeitschriften. Die Entscheidung, welche Zeitungen unter diese Bestimmung fallen, trifft der aus sieben Personen bestehende Verwaltungsvorstand. Im ersten Entwurf der Ausführungsbestimmungen waren neben den politischen Zeitungen noch die religiösen Sonntagsblätter genannt, die rückvergütungsberechtigt seien. Die wissenschaftlichen und beruflichen Zeitschriften und auch die Gewerkschaftszeitungen wurden jedoch nicht dazu gerechnet. Dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats wurde verkündigt, daß auch alle offiziellen Organe der Berufsvereine rückvergütungsberechtigt sein sollten. Diese selbstständliche Forderung ist vom Reichsrat nicht berücksichtigt worden. Um nun die offensichtliche Zurücksetzung der Gewerkschaftspresse nicht allzu auffällig erscheinen zu lassen, sind auch die Sonntagsblätter von der Rückvergütung ausgenommen.

Nun soll eventuell nochmals geprüft werden, ob auch die Gewerkschaftszeitungen rückvergütungsberechtig

Heimfahrt.

Von Max Werner. (Fortsetzung.)

„Ja, leg dich man lang,“ bewilligte Moritz großmütig.

Kann war der Steward hinausgegangen, als Moritz fragte: „Weißt du, wie der Steward heißt?“

„Nein.“

„Esfantensteward!“ Und er wollte sich ausschütten vor Lachen. „So sieht er auch aus, die großen Schlappohren und der Rüssel. Der zweite Koch hat mir das verraten, der ist mit ihm zusammen auf dem „Bücher“ gefahren. Mit die Reis, das wird immer schlimmer, er kann nicht mehr im Salon bedienen, die Passagiere kommen sonst vor lauter Lachen nicht zum Essen.“

Moritz konnte sich nicht genug ergötzen über den Esfantenseward und suchte nach, als der Esbär eintrat. Das war der Maschinist, der die Esfabrikation zu leiten hatte. Er trug stets eine stolze Amtsmiene zur Schau und glaubte sicher, daß er nach dem Kapitän die wichtigste Person auf dem Dampfer sei. Man nannte ihn kurzweg Esbär, wie man auch den Steward, der den Fahrstuhl zu bedienen hatte und der an der Mühle die Aufschrift „Lift“ trug, einfach Lift nannte.

Der Esbär warf einen wütenden Blick auf Moritz und fragte ihn, worüber er lache.

„Ach, wir haben uns bloß was erzählt,“ ant-

wortete er ausweichend und wischte mit seinem schmutzigen Jacketärmel über den Mund.

„Du hast hier gar nichts zu erzählen, Schmierfinkle du, merke dir das.“ Und zu Albert gewendet, fragte er: „Sie sind wohl der Steward von der Atlas-Linie?“

Albert verneinte.

„Sie sind aber auch Rüberarbeiter? Na, ja! Warum gehen Sie denn erst nach Amerika? Denken Sie, da wird jeder reich, er braucht nur herzukommen? Bleibe im Lande und nähere dich redlich, das werden Sie sich wohl nun hinter die Ohren schreiben.“

„Dem einen glückt, dem andern nicht,“ warf Albert leicht hin.

„Ach was, Windbeutel! Wer arbeiten will, kommt auch in Deutschland vorwärts.“

Albert stieg das Blut ins Gesicht. Was wollte dieser Proß? Wollte er ihn provozieren? Zum Glück trat der dicke Bartsch ein, der zweite Maschinist. Mit dem war schon ein besseres Auskommen, er war selbst zwei Jahre in New York in Stellung gewesen und unterhielt sich eingehend mit Albert über die verschiedenen Einrichtungen in Amerika.

Der Esbär dagegen hatte fortwährend zu nörgeln.

Am Abend dampfte die „Colorado“ bereits auf hoher See. Von Land war nichts mehr zu sehen. Albert hummelte auf dem Achterdeck herum und fand hier den Bäcker, seinen Gefährten von Hoboken,

wieder. Er war in der Zwischendeckklüde beschäftigt und war vollum zufrieden mit seinem Schicksal.

Auch den Alten traf Albert. Er brachte Bananen und Apfelsinen für seine liebe Lina nach dem Zwischen-

deck. Im Schlafraum herrschte Ruhe; die wenigen Leute, die auf ihren Betten saßen, unterhielten sich in gedämpftem Ton. Alle vier Stunden wurde das Schiffspersonal abgelöst, und so waren immer einige da, die schliefen.

Neugierig fragten die Matrosen, hauptsächlich die jüngeren Leute, Albert aus, nach dem Leben und den Arbeitsverhältnissen in Amerika. Bei allen spulte der Dollarzauber und gar mancher wäre wohl längst entwichen, wenn nicht die vielen Zurückkehrenden eine lebendige Warnungstafel darstellten.

III.

Nicht weit von den Neusundlandbänken lag ein kräftiger Sturm ein, der die „Colorado“ stark schüttelte, so daß sie ächzte und lächzte. Albert hatte auf dem Wege von der Küche zur Messe beinahe die Teller mit Braten verloren, als er leicht, wie gewöhnlich, die etwas steile Treppe emporsteigen wollte. Das Schiff hatte einen starken Stoch erhalten, und es fehlte nicht viel, so wäre Albert mit seinen Tellern die Treppe wieder hinuntergefallen.

In der Messe mußten die Fenster geschlossen werden, das Wasser spritzte und patschte an die dicken Glasscheiben. Nach dem Essen, beim Geschirrwaschen, konnte Albert das lustige Spiel des Abflaufwassers

Internationales.

Oesterreich. Die wirtschaftliche Lage Oesterreichs ist wieder sehr ernst. In kleinen Betrieben auch unserer Gewerbe herrscht Arbeitsmangel, der zur Kurzarbeit und zu Entlassungen geföhrt hat. In Arbeiterkreisen bestand die Absicht, diese Situation für einen Lohnabbau vorzubereiten, was die Arbeitnehmervertreter entschieden abgelehnt haben. Das Sanierungsprogramm der Regierung schreibt unter anderem unerträgliche neue Steuern für Lebens- und Bedarfsartikel vor: es soll nicht nur eine Warenumsatzsteuer, sondern Rauchwaren, Zucker, Salz und insbesondere die Zölle derart erhöht werden, wie sie bisher noch keine Regierung in Oesterreich und der ganzen Welt einer Bevölkerung zugemutet hat. Eine derartige Erhöhung der Zölle wird die Produktion drosseln, aber die Unternehmer bringen nicht einmal einen Protest dagegen ein. Auf Kosten des Arbeiters allein kann aber Oesterreich nicht gerettet werden. Zur Beratung aller dieser Fragen hat am 3. November eine von allen Betrieben Wiens besuchte Betriebsräteversammlung stattgefunden. Die Betriebsräte haben nach eingehender Beratung den einstimmigen Beschluß gefaßt, daß jene Kollegen und Kolleginnen, die voll — also 48 Stunden — arbeiten, neben dem bisherigen Vereinsbeitrag und dem Tariffonds einen wöchentlichen Extrabeitrag von 2000 Kronen (Kolleginnen) und 3000 Kronen (Kollegen) leisten, damit diejenigen, die arbeitslos sind und werden, sowie die Invaliden höhere Unterstützungen erhalten, zum andern aber auch die übrigen Fonds des Verbandes für diese Zwecke nicht herangezogen werden müssen.

Auch die Unterstützungsleistungen des Verbandes sind wesentlich erhöht worden. Die letzte Nummer der österreichischen Verbandszeitung teilt mit, daß eine Arbeitslosenunterstützung je nach der Dauer der Mitgliedschaft und Beitragsklasse pro Tag von 1000 bis 3000 Kronen gezahlt wird. Wo die staatliche Arbeitslosenunterstützung nicht einsetzt, da wird für die erste Woche — jedoch nur einmal im Jahr — der doppelte Betrag ausbezahlt. Mitglieder, die nach 52wöchiger Beitragsleistung erkranken, erhalten für eine Krankheitsdauer von je 28 Tagen in der III. Klasse 5000 Kronen, in der V. Klasse 10 000 Kronen Krankenzuschuß. Dieser Zuschuß wird 12mal gewährt. Der Entbindungskostenbeitrag nach 52wöchiger Beitragsleistung beträgt 2000 Kronen, für jedes weitere Jahr 1000 Kronen mehr bis zum Höchstbetrage von 10 000 Kronen. Die monatliche Invalidenunterstützung wurde nach 520- bis 1820wöchiger Beitragsleistung auf 5000 bis 15 000 Kronen festgesetzt. An einmaliger Hinterbliebenenunterstützung wurde für jedes Jahr der Mitgliedschaft 1000 Kronen gezahlt bis zum Höchstbetrage von 30 000 Kronen. Unversorgte Kinder unter 14 Jahren erhalten — wenn der Ernährer mindestens für 10 Jahre Beiträge geleistet hat — monatlich 2000 Kronen. Als Umzugunterstützung wird je nach der Dauer der Beitragsleistung, nach der Entfernung und der Zahl der Familienmitglieder der 7- bis 35tägige Satz der Arbeitslosenunterstützung gezahlt.

Vereinigte Staaten von Nordamerika. Bekanntlich ist der amerikanische Gewerkschaftsbund dem Internationalen Gewerkschaftsbund. Sitz Amsterdam, nicht angeschlossen, weil dieser letztere angeblich zu radikal ist, nach Ansicht der Moskauer Internationale ist er dagegen zu gemäßigt. Auch die „Internationale Bruderschaft der Buchbinder von Nordamerika“ gehört trotz ihres Namens der Internationalen Buchbinderföderation nicht an.

Diese amerikanische Eigentümlichkeit zwischen Theorie und Praxis besteht übrigens bei vielen Gewerkschaften, doch da viele von ihnen jetzt immerhin wenigstens mit den deutschen Verbänden im Austauschverhältnis hinsichtlich ihrer Verbandsorgane stehen, läßt sich auch eine andere amerikanische Eigentümlichkeit erklären, die eben eine Folge der nationalen Abgeschlossenheit sein dürfte: Lokale und interne Verbandsangelegenheiten werden mit einer Ausführlichkeit behandelt, die der Deutsche am allerwenigsten von den Vertretern eines Volkes erwartet, das er als großzügig zu betrachten gewohnt ist. Ein Beweis für diese Behauptung möge die Tatsache sein, daß sich in der Nummer vom September (die Zeitung erscheint monatlich) nicht weniger als 20 von 48 Seiten Inhalt mit der Neuwahl der Angestellten des Verbandes befassen. In der Oktobernummer ist das Verhältnis etwa auch noch 10 zu 40. Da die Angestellten des Verbandes durch Urabstimmung gewählt werden, findet eben ein regelrechter Wahlkampf statt, der in der Verbandszeitung ausgetragen wird und in welchem die Kandidaten selbst ausgiebig zu Worte kommen, indem sie auf die Angriffe antworten und dergl.

In anderer Beziehung liegen trotz der Abgeschlossenheit die Verhältnisse bei unseren amerikanischen Kollegen so, daß trotz voller Selbständigkeit der Organisation der Buchbinder in gewerkschaftlicher Beziehung nur von Kämpfen und Erfolgen der „zum Druckergewerbe gehörenden Organisationen“ (Graphischer Industrieverband) berichtet wird, insonderheit von den Fortschritten in bezug auf Erringung der 44-Stundenwoche. Es heißt da, daß nach Angaben des Buchdruckerverbandes in 500 von 750 Zahlstellen mit 64 000 von ungefähr 70 000 Mitgliedern die 44-Stundenwoche erreicht ist. Und zwar erreicht ist in meist schweren Kämpfen bei außerordentlich schlechter Konjunktur, die sich erst in allernuester Zeit etwas zu bessern beginnt, so daß der berechtigten Erwartung Ausdruck gegeben wird, die 44-Stundenwoche werde bald allgemein durchgeführt und unantastbar sein. Es ist nicht ersichtlich, ob sich die angegebenen Zahlen nur auf die eigentlichen Buchdrucker oder die Mitglieder des „Graphischen Industrieverbandes“ beziehen.

Wie nötig es aber ist, daß unsere amerikanischen Freunde nicht nur über die Verhältnisse in Deutschland aufgeklärt, sondern überhaupt mit dem Geiste wahrer internationaler Solidarität erfüllt werden, möge daraus hervorgehen, daß sich in der Oktobernummer unter der Überschrift: „Zur Beachtung“ folgende Notiz befindet:

„Der deutsche Durchschnittsarbeiter verdient selbst in den besser bezahlten Klassen augenblicklich nicht mehr als der chine-

sig sein sollen. Das ist aber wohl nichts weiter als eine veränderte Ablehnung. Die Stellungnahme des Reichsrats ist unzureichend und noch mehr unbegreiflich. Die großspacialisierenden Mächte, die teilweise täglich die Republik beschimpfen und durch ihre enormen Einnahmen aus den Inzeraten ohne Rücksorgungen bestehen können, werden unterstützt, und unsere Presse wird davon ausgeföhlet.

Wir verlangen, daß die Reichsregierung schleunigst den Beschluß des Reichsrats fertigigt. Das Verlangen ist so selbstverständlich, daß jedes weitere Wort zur Begründung überflüssig ist.

Die Erwerbslosenunterstützung

Ist nunmehr, nachdem der Reichsrat seine Zustimmung erteilt hat, mit Wirkung vom 20. November ab erhöht worden. Die vorbereitenden Schritte waren vom Reichsarbeitsministerium bereits vor längerer Zeit eingeleitet worden; da sie jedoch nicht die Zustimmung der anderen Ressorts fanden, mußte die Sache der Beschlußfassung des Kabinetts unterbreitet werden. Dadurch sowohl wie durch eine mehrmalige Beratung im Reichsrat entstanden Verzögerungen. Das Reichsarbeitsministerium hat nun die Regierungen der Länder mit den erforderlichen Mitteilungen versehen und sie um sofortige Durchführung gebeten. — Die Höchsthöhe der Erwerbslosenunterstützungen betragen:

Table with 4 columns: A täglich, B täglich, C täglich, D u. E täglich. Rows include categories for men and women aged 21 and over, and family allowances.

beobachten, das in dem großen Zinkbehälter bald in der rechten, bald in der linken Ecke zusammenlief. Gegen Abend ließ der Sturm nach und schönes ruhiges Wetter setzte ein, das auf der ganzen Reise anhielt.

Albert hatte sich in der neuen Arbeit so gut eingerichtet, daß es ihm mit jedem Tage besser gefiel. Zwar mußte er frühzeitig beginnen und oft bis abends zehn Uhr tätig sein, die Stellung war aber sonst erträglich, und zu essen gab es nur Vorzügliches. Wenn der Steward zur Abendtafel Schinken schmit, so aßen sich die drei erst ordentlich satt, und der Schinken wurde bald kleiner, trotzdem die Maschinisten nur mäßig aßen. Die Speisen, die übrigblieben, wurden über Bord geworfen, oftmals ganze Platten Rind- oder Hammelbraten.

Einmal kam am Nachmittag eine polnische Frau mit zwei kleinen Kindern an der Messe vorbei. Albert war am Kochapparat beschäftigt, auf der Tafel standen Brötchen und Kuchen.

„Bitte bisten Kuchen für Kleines,“ bat die Frau. Albert sah auf die verlangenden Augen der Kleinen und reichte der Frau eine Handvoll Kuchen. Da trat Morik ein.

„Mensch, was machst du denn da? Du verschenkst wohl den Kuchen?“ Und grimmig fuhr er die Frau an, daß sie schleunigst mit ihren Kindern davonging. „Was schimpfst du?“ rief Albert, der alles noch für einen Scherz hielt. „Für dich bleibt immer noch genug übrig.“

„Weißt du, daß das strengstens verboten ist, Essen an Passagiere zu verabreichen?“ schimpfte Morik los. „Und noch dazu an diese Sauplauden.“

„Ereifere dich nur nicht so, ich habe das nicht gewußt. So herrlich leben die doch nicht da unten im Zwischendeck, den Kindern wird so ein Stückchen Kuchen nichts schaden.“ Albert erregte sich nun selbst über die rückföhrtlose Behandlung der Zwischendecker.

Das Wortgefecht begann heftiger zu werden, als der Eis-Maschinist eintrat. Es kam öfter vor, daß Maschinisten oder Assistenten außer der Essenszeit in die Messe kamen, um kalten Kaffee oder Tee zu trinken.

„Was ist denn das für eine Wirtschaft?“ fragte der Maschinist spitz. „Ihr Kerle glaubt wohl, ihr könnt hier herumbrüllen, als ob ihr die Herren wäret, was?“

„Ja, der verschenkt hier alles an die Zwischendecker,“ rief Morik und ging hinaus, um etwas zu holen. „So!“ machte der Eis-Maschinist gehetzt und stellte sich breitpurig vor Albert hin. „Wissen Sie auch, daß das strafbar ist? Wie können Sie sich unterstehen, etwas zu verschenken? Sie sollten froh sein, daß Sie selbst etwas zu beißen und zu nagen haben. So eine Unverschämtheit!“

„Ich verbitte mir den Ton,“ brauste Albert auf. „Ich habe ein paar Stückchen Kuchen an eine Frau mit zwei kleinen Kindern gegeben, das ist alles, was ich verbrochen habe.“

„Sie verbitten sich den Ton?“ Langsam, jedes Wort scharf betonend, hatte der Maschinist Alberts

Rede wiederholt. „Ich werde Ihnen herbringen, was Sie sich zu verbitten haben. Sie glauben wohl, Sie sind unter den Pantees und können hier den pahligen Amerikaner herausstechen? Ich werde Sie in den Heizraum stecken, dort wird Ihnen die großmütige Verschwendung vergehen.“

Ohne eine Entgegnung abzuwarten, verließ er die Messe. Gleich nach ihm trat der Steward ein. Albert erzählte ihm den Hergang.

„Du hast eine Dummheit begangen,“ sagte der Steward gutmütig, „wir müssen sehen, wie wir das wieder gut machen. Abgeben darfst du nichts aus der Messe — das konntest du nicht wissen. Übrigens werden eine Menge Früchte und dergleichen an die Zwischendecker verkauft; nur ermissen darfst du dich nicht lassen. Daß du dem Eisdir entgegengetreten bist, ist eine faule Sache. Auf dem Schiff ist es wie beim Militär, da heißt es: Marktschall. Er kann dir viel schaden, und ich rate dir, nimm alles ruhig hin, was über dich verhängt wird, die paar Tage sind schon zu überleben. Ich werde aber sehen, was ich für dich tun kann. Der Morik kriegt heute abend seine schönsten Reize, das wird das notwendigste sein.“

Albert wollte zum ersten Maschinisten gehen und ihm die Sache vorlegen. Der Steward riet ihm aber vorläufig abzuwarten.

Bis zum Abend blieb alles ruhig. Morik sprach kein Wort mehr, verfuhr nur, dem Steward allerlei Aufmerksamkeiten und Handreichungen zu erweisen, die dieser ruhig und gleichgültig entgegennahm.

sische Kuli, der hierzulande als der schlechtest bezahlte Arbeiter der Welt betrachtet wird. -- Dieses Resultat ist den Zusammenstellungen einer internationalen Handelszeitung entnommen.

Wenn amerikanische Arbeiter deutsche Erzeugnisse erstehen, welche durch die schlechtest bezahlten Arbeiter der Welt hergestellt sind, ... tragen sie damit nicht in der Tat dazu bei, daß der amerikanische Arbeiter für seine Arbeit überbezahlt wird? -- Wie ist es zu rechtfertigen, daß der amerikanische Arbeiter für die Herstellung irgendeines Handelsartikels 20- bis 50mal soviel Bezahlung fordern kann, als der gewöhnliche deutsche Arbeiter -- und er ist gewöhnlich tüchtig in seinem Fach -- für dieselbe Arbeit?

Du magst denken, durch den Kauf einer deutschen Uhr Geld zu sparen und berühmtest Dich damit, daß Du ja nicht in der amerikanischen Uhrenindustrie beschäftigt seiest. Wie ist es aber, wenn der Uhrmacher für weniger Geld als die Kosten Deines Lebensunterhalts betragen, einen deutschen Artikel kauft, der mit den Erzeugnissen, bei deren Herstellung Du Dein tägliches Brot erwirbst, in Wettbewerb steht? --

Außer in den amerikanischen Fabriken und Mühlen würdest Du bald keine Arbeitsgelegenheit mehr finden, und das kann sich sehr schnell ereignen, wenn Du die billigen deutschen Produkte gebrauchst. -- Sie sind für den amerikanischen Arbeiter eine tödliche Drohung. --

Wenn die Amerikaner wüßten, wie verzweifelt sich der deutsche Arbeiter gegen seine Verleumdung wehrt! --

Berichte.

Bonn. Infolge Lohn Differenzen trat die Belegschaft der Firma F. Soenneken (zirka 1100 Personen) am 30. Oktober in den Streik, nachdem vorher bei den Schlichtungsinstanzen keine zufriedenstellende Einigung erzielt werden konnte. An dem Streik waren fünf Organisationen beteiligt. Gleichzeitig mit dem Streik bei der Firma Soenneken brach auch der Streik in der gesamten Metallindustrie Bonns aus. Von den Streikenden der Firma Soenneken waren zirka 250 christlich organisiert, davon ungefähr 160 beim graphischen Zentralverband. Von unserer Organisation waren 210 Mitglieder am Streik beteiligt. Der Streik brachte finanziell einen schönen Erfolg, aber zirka 50 Kollegen und Kolleginnen wurden nicht mehr eingestellt. Das ist in erster Linie auf das Konto der christlichen Gewerkschaften resp. der christlichen Gewerkschaftsführer zu buchen. Bei der Streikabstimmung stimmten über drei Viertel der Freiorganisierten für den Streik. Dagegen kam bei den christlichen Gewerkschaften keine Mehrheit zustande. Sie glaubten jedoch, sich aus Solidarität an dem Streik beteiligen zu müssen. Anders jedoch die christlichen Gewerkschaftsführer, welche von Anfang an versuchten den Streik abzubauen.

Nachdem der Streik eine Woche dauerte, fand eine Verhandlung mit den Arbeitgebern statt, die aber zu keiner Einigung führte. Einige Tage darauf tagte der Schlichtungsausschuss, der einstimmig einen annehmbaren Spruch fällte. Beide Parteien sollten am nächsten Tage bis mittags 12 Uhr erklären, ob sie den Spruch annehmen oder ablehnen. Raum war der Spruch gefällt, als auch schon ein christlicher Ge-

werkschaftsführer zu den Arbeitgebern sagte, „noch heute muß die Arbeit aufgenommen werden“. Die Arbeitgeber erklärten, das ginge nicht so ohne weiteres, sie müßten erst zu dem Spruch Stellung nehmen.

Schon am Nachmittag desselben Tages stand bei der Firma Soenneken ein Anschlag am schwarzen Brett wonach am nächsten Tage die Wiedereinstellung von Arbeitskräften um 7 1/2 Uhr erfolgen sollte. Arbeitsbeginn 8 Uhr. Der Schlichtungsspruch wird anerkannt. An dem gleichen Tage fanden abends die Verammlungen betr. Stellungnahme zu dem Schiedspruch statt. Wie nicht anders zu erwarten war, beschlossen die christlichen Gewerkschaften, die Arbeit am andern Tage wieder aufzunehmen, trotzdem bei der Firma Soenneken zirka 20 ihrer eigenen Mitstreiter nicht mehr eingestellt werden sollten und trotzdem sie noch nicht wußten, ob die übrigen Arbeitgeber der Metallindustrie den Spruch annehmen werden. In der Verammlung schloß wurde den christlichen Mitgliedern von ihren Führern gesagt, daß alle wieder eingestellt würden. Wo dieses nicht der Fall wäre würde der Schlichtungsausschuss anrufen. Gleichzeitig wurde ihnen noch gesagt, daß im Falle sie die Arbeit nicht aufnehmen, sie keine Unterstützung erhalten würden. An die Freiorganisierten sollten sie sich nicht halten. Die freiorganisierten Gewerkschaften nahmen in ihren Verammlungen den Schiedspruch an jedoch verlangten sie, daß alle Streikenden wieder eingestellt werden sollten. Als am anderen Tage die christlichen Mitstreiter bei der Firma F. Soenneken die Arbeit aufnehmen wollten, wurden sie von freiorganisierten Vertrauensleuten über den Sachverhalt aufgeklärt. Daraufhin zogen sie es trotz ihres Beschlusses vor, die Arbeit unter diesen Bedingungen nicht aufzunehmen. In anderen Betrieben wurden die Christen von der Betriebsleitung verhört und ihnen gesagt: „Was wollt ihr denn eigentlich, geht ihr den Streik verloren? Ihr wißt doch gar nicht, ob der Spruch anerkannt wird, geht nur ruhig wieder nach Hause ich kann euch nicht gebrauchen.“ Dieses trug natürlich dazu bei, die Stimmung bei den Streikenden sehr zu drücken.

Einen Tag später traf dann ein Schreiben vom Arbeitgeberverband ein, in welchem sie sich verpflichteten, den Schiedspruch anzuerkennen, keine Mahnerkennungen zu treffen, die alten Rechte wieder anzuerkennen usw. Jedoch könnten sie einzelne Arbeitgeber nicht verpflichten, alle wieder einzustellen, da hier und da Arbeitsmangel vorläge. Bei der Firma Soenneken hatte schon vor dem Streik die Arbeit in einzelnen Abteilungen etwas nachgelassen.

Die freiorganisierten Gewerkschaften beschlossen daraufhin eine Urabstimmung vorzunehmen. Es handelte sich dabei um die restlose Wiedereinstellung. Diefelbe brachte zwar eine Mehrheit für den Streik, aber nicht die vorgeschriebene Dreiviertelmehrheit. Der Streik wurde darauf abgebrochen, nachdem die christlichen Mitstreiter bei der Firma Soenneken schon einen Tag gearbeitet hatten. Durch Verhandlungen mit der Firma wurden von 70 Entlassenen 20 wieder eingestellt.

Aus jedem Streik zieht man seine Lehre. Dort, wo man gewillt ist, mit christlichen Gewerkschaften in den Streik zu treten, empfiehlt sich größte Vorsicht. Es lohnt uns fern, gehässig über die christlichen Gewerkschaftsmittelglieder zu denken, denn sie sind doch nur das Produkt ihrer sogenannten gewerkschaftlichen

Erziehung. Wie lange aber noch, christliche Kollegen und Kolleginnen, wollt ihr solche unwürdigen Zustände mitmachen?

Würzburg. Zu einer schönen Feier gestaltete die Jahreshilfe Würzburg am 19. November die 25. Wiederkehr ihres Gründungstages. Kollege Walter eröffnete die Feier und der frühere langjährige Vorsitzende der Jahreshilfe, Kollege Hein-Hamburg hielt die Festrede, mit der er eine wahre Begeisterung in die Verammlung brachte. Auch gedachte er der drei ältesten Mitglieder der Jahreshilfe, der Kollegen Fritz Heintz (24 Jahre Mitglied), Hermann Dehn (23 Jahre Mitglied), Ludwig Faltensbacher (22 Jahre Mitglied) und überreichte diesen ein Geschenk der Kollegenhaft. Faltensbacher dankte im Namen der drei Kollegen und brachte ein Hoch auf das weitere Gelingen und Gedeihen der hiesigen Jahreshilfe aus. Als nächster Redner nahm Parteisekretär Kern das Wort, der der Gründer der hiesigen Jahreshilfe ist. Dann kam die Gemütsheilung zu ihrem Recht. Der Abend war überaus gemütsreich, und nur zu bald schlug die Trennungsglocke.

Neue Postgebühren.

Am 15. November sind erhöhte Postgebühren in Kraft getreten. Unsere Verbandsmitglieder werden dringend ersucht, ihre Postsendungen richtig freizumachen, damit nicht auch noch die hohen Strafportofälle gezahlt zu werden brauchen. Im Zweifelsfalle erfrage man die Höhe der Gebühr auf dem Postamt.

Auf das dringlichste wiederholen wir hiermit unsere Mahnung, keine Briefmarken mehr zu verwenden, die das Germaniaabildnis tragen. Diese sind seit dem 1. November unzulässig und werden von der Post nicht mehr als Freimarken anerkannt. Für Postsendungen, die mit diesen Marken versehen sind, muß Strafporto gezahlt werden, als seien sie nicht oder ungenügend freigemacht. Die Verbandstafel hat aus diesem Grunde in letzter Zeit erhebliche Beträge an Strafporto zahlen müssen. Also, keine mit dem Germaniaabildnis versehenen Briefmarken mehr verwenden!

Vom 15. November an gelten innerhalb Deutschlands für die hauptsächlich vorkommenden Brief-, Drucksachen- und dergleichen Sendungen folgende Gebühren:

- Postkarten im Ortsverkehr 3 Mt., im Fernverkehr 6 Mt.
- Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4 Mt., über 20 bis 100 Gramm 8 Mt., über 100 bis 250 Gramm 12 Mt.
- Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 12 Mt., über 20 Gramm bis 100 Gramm 16 Mt., über 100 bis 250 Gramm 20 Mt.
- Drucksachen bis 25 Gramm 2 Mt., über 25 bis 50 Gramm 3 Mt., über 50 bis 100 Gramm 6 Mt., über 100 bis 250 Gramm 12 Mt., über 250 bis 500 Gramm 16 Mt., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 20 Mt.; Anfahrtsarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Höchstmaßangaben mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 2 Mt.
- Geschäftspapiere und Mischsendungen bis 250 Gramm 12 Mt., über 250 bis 500 Gramm 16 Mt., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 20 Mt.
- Päckchen bis 1 Kilogramm 24 Mt.
- Pakete bis 5 Kilogramm Nachzone 60 Mt., Fernzone 120 Mt. Sind die Pakete schwerer als 5 Kilogramm, so steigt die Gebühr der Gewichtsgrenze von je 1 Kilogramm bis zu 20 Kilogramm auf 360 Mark in der Nachzone und 720 Mt. in der Fernzone. Zeitungspakete bis zu 5 Kilogramm kosten in der Nachzone 30 Mt., in der Fernzone 60 Mt.
- Einschreibgebühr 8 Mt.

Einstellung bei Vorauszahlung für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 15 Mt., nach dem Landbestellbezirk 45 Mt.; für ein Paket nach dem Ortsbestellbezirk 30 Mt., nach dem Landbestellbezirk 60 Mt.

Nach der Abendtafel blieb der erste Maschinist etwas länger als gewöhnlich sitzen. Als sich die übrigen entfernt hatten, griff auch Stelzner nach seiner Mütze und trat vor Albert hin.

„Ohnen wird es zu wohl in der Messe?“ fragte er. Als Albert sprechen wollte, winkte er ob. „Kein Wort! Ich will nichts hören. Sie haben an Passagiere Essen verschent, das ist verboten. Sie sind gegen einen Schiffsobermann unhöflich gewesen; ich hoffe, daß so etwas nicht wieder vorkommt. Heute abend wischen Sie mal sämtliche Schuhe für die Herren. Bis 9 Uhr haben Sie Dienst in der Messe und erwarten die Orders der Herren. Morgen früh schrubben Sie die beiden Bäder, und zwar vor dem Kaffeetrinken. Dann machen Sie meine Kammer sauber sowie die des Herrn Schaub. Auswaschen, Messingzeug putzen und alles, was dazu gehört. Nachmittag werden die Bullenaugen blühnhaft gepußt. Alles verstanden?“

„Ja wohl.“ Stelzner verließ den Raum. Albert sah dem Steward ins Gesicht; der schielte aufmunternd.

„Bisken dieß auf einmal, die Arbeit langt für drei Mann; aber doch besser als in den Heilraum,“ tröstete er.

So dachte auch Albert. Arbeit schreckte ihn nicht. Um so schneller verging die Zeit. Aber er empfand doch die Demütigung, die ihm da ganz unerdient zuteil geworden war.

„Wer ist denn Herr Schaub?“ fragte er. „Eben der Eisbär,“ erwiderte der Steward.

Das war nun die gefährlichste Stelle. Wenn ihn der Mann so weiter behandelte, dann war Albert in Gefahr und beging eine große Dummheit.

„Jetzt mache alles, was dir aheischen ist,“ drang der Steward in ihn, „ich werde dir helfen, wo ich kann und hoffe, deine Strafarbeit wird nicht von langer Dauer sein.“

Albert ging aus Werk. Er holte die Schuhe aus den Kammern zusammen und wuschte fest darauf los. Der dicke Bartsch und ein anderer Maschinist ließen ihre Schuhe stehen und erleichterten etwas die Arbeit.

Kurz vor neun Uhr klingelte Stelzner und als Albert dessen Kammer betrat, wies er ihn an, die Messe abzuschließen und den Schlüssel jeden Abend in die Kammer des Herrn Schaub zu legen.

„Und zwar leise und ohne Geräusch, denn um diese Zeit schlafen die Herren der ersten Nachtwoche.“

Albert tat wie ihm befohlen. Er öffnete die Tür zur Kabine des Eisbären. Es war finster. Reißte er den Schlüssel auf den Tisch und entfernte sich wieder. Müde, mühsam, großend über sein Wirsgeschick ging er hinab in seine Kammer, um so schnell wie möglich im Schlaf alles zu verassen. Aber hier unten ging es heute hoch her. Adolf, ein älterer Mitstre, hatte Geburtstag und eine große Flasche Brantwein ging von Hand zu Hand. Selbst die Leute, die sonst um diese Zeit schliefen, weil sie um 12 Uhr wieder auf Wache mußten, zogen heute vor, auf den Schlaf zu verzichten und huldigten dem „Röm“ in der Flasche.

(Fortsetzung folgt.)

Der Frühling ging zu Ende, der Nachtrallien Schlag hört mit der Sonnenwende schon auf in Ruch und Hag; vorbei des Lenzes Rühle in leuchtend heller Nacht, nun kommt des Sommers Schwüle mit seiner Rosenpracht. Und immer geht ein Sprächen, ein Berben durch die Welt, ein Drängen und Gemischen, wenn reif die Frucht geschwollt; doch wenigen nur spendet sie voll der Ernte Preis, der Hand, der sie vollende wird nur ein dürftig Reis.

Jakob Andorf.

Für unsere Kolleginnen

Zum Ziele.

Keiner kann in leichtem Spiel
Dieses Lebens Preis erjagen;
Fest ins Auge sah dein Ziel,
Bis die Pulse höher schlugen
Und sich dir an Fuß und Hand
Wieder straff die Sehne spannt.

Und so wandre Schritt für Schritt
Den Gefahren kühn entgegen;
Hoch das Haupt und fest der Tritt
Und im Herzen hoff auf Segen.
Auf der Stirn des Kampfes Schweiß:
So gewinnst du den Preis.

A. Sturm.

Die Wochenhilfe.

Die Geldentwertung hat auch eine Abänderung der Bestimmungen über die Wochenhilfe notwendig gemacht. Durch das Gesetz vom 22. September sind die entsprechenden Sätze erhöht worden. Daß diese neuen Sätze nicht allzu lange vorhalten können, steht heute schon fest. Im folgenden seien die Barleistungen wiedergegeben, wie sie ab 22. September festgesetzt sind:

Der Beitrag zu den Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden ist für versicherte Wöchnerinnen erhöht auf 500 M. Findet keine Entbindung statt, so werden zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden 150 M. gezahlt. Das Wochenlohn für die Dauer von 10 Wochen ist auf 15 M. pro Tag erhöht. Von jenen 10 Wochen müssen mindestens sechs in die Zeit nach der Entbindung fallen. Das Wochenlohn für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig. Das Stillgeld für die Dauer von 12 Wochen — im übrigen aber nur zahlbar, wenn gestillt wird — ist auf 30 M. erhöht. Wenn der Vorstand der Krankenkasse freie Hebammenhilfe, Arznei usw. gewährt, ermäßigt sich der Beitrag zu den Kosten der Entbindung auf 200 M. Wo ein Mindesteinkommen gewährleistet oder öffentlich-rechtliche Körperschaften mit dieser Hilfe betraut sind, ist an die Wöchnerin zu zahlen der Betrag von 300 M. Bei Erfordernissen für Sachleistungen der Kasse oder an die Kasse gilt als Wert für Sachleistungen derselbe Betrag: 300 M. Sind Wöchnerinnen während des letzten Jahres bei mehreren Kassen versichert gewesen, so haben die leistungspflichtigen Kassen nach dem Verhältnis der Mitgliedszeit die Leistungen aufzubringen. Dabei gilt als Wert der Sachleistung 500 M.

Familienangehörige männlicher Versicherter, die in häuslicher Gemeinschaft mit ihnen leben, Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegekinder, erhalten, sofern ihnen ein Anspruch aus eigener Versicherung nicht zusteht und der Versicherte selbst im letzten Jahre mindestens sechs Monate versichert war, für die gleiche Zeitdauer ein Wochenlohn von 15 M. pro Tag, ein Stillgeld von 25 M., daneben eine einmalige Beihilfe von 500 M. für ärztliche Hilfe, Hebammenhilfe usw. Diese Familienhilfe wird auch noch gewährt, wenn die Niederkunft innerhalb neun Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt.

Die Wochenfürsorge, zu welcher jede minderbemittelte Deutsche, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inlande hat, berechtigt ist, wenn ein Anspruch nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung oder der Kriegswochenbeihilfe nicht besteht, wird aus den Mitteln des Reichs bestritten und von den Krankenkassen ausgezahlt. Und zwar dann, wenn das Einkommen der Wöchnerin und ihres Ehemannes oder, wenn sie alleinsteht, ihr eigenes Einkommen im Steuerjahr 1921 den Jahresbetrag von 15 000 M. oder im Jahre vor der Entbindung den Betrag von 30 000 M. nicht überstiegen hat. Dieser Betrag wird nach um 1500 M. für jedes vorhandene Kind erhöht, wenn der Berechnung 15 000 M. zugrunde gelegt worden sind; sind ihr 30 000 M. zugrunde gelegt, so erhöht sich der Betrag pro Kind auf 5000 M. Gewährt wird in diesen Fällen als einmaliger Betrag für ärztliche Behandlung bei Schwangerschafts-

beschwerden und zu den Entbindungskosten 500 M., findet keine Entbindung (nur Fehlgeburt) statt, bei Beschwerden 150 M.; ein Wochenlohn für die gleiche Zeitdauer wie oben von täglich 15 M., ein Stillgeld von 25 M., wenn Hebammenhilfe nicht öffentlich erfolgt, 300 M., wenn die Kasse solche Hilfe und freie Arznei gewährt, 200 M. Wenn Ärzte sich weigern, zu den Bedinaungen der Kasse die Behandlung solcher Wöchnerinnen zu übernehmen, so kann die Kasse der Wöchnerin eine Barleistung in Höhe von 500 M. zuwenden. Bei Erstattung der Leistungen der Kasse durch das Reich gilt als Wert der Sachleistungen 300 M.

Treffen alle im Gesetz vorgesehenen Voraussetzungen zu, so kann erhalten für den Entbindungsfall die versicherte Wöchnerin 5520 M., die Familienangehörige eines Versicherten 4150 M., die Wöchnerin aus der Wochenfürsorge 4800 M.

Die Veröffentlichung erfolgt leider etwas spät. Unsere weiblichen Betriebsräte, Vertrauenspersonen, kurz alle, die mit der Aufklärung und Schulung unserer Arbeiterinnen zur Wahrnehmung ihrer Rechte betraut wurden und noch werden, sollten jedoch solche Veröffentlichungen nicht nur einmal lesen, sondern sie sich ausbeugen, häufiger durchlesen und sich einprägen, um zu gegebener Zeit die richtige Antwort geben zu können, wenn sie darum befragt werden. Geschieht das, dann kommt keine Kollegin bei Auskunfterteilung in Verlegenheit. Sie kann dann nachsehen, bekommt auf diese Weise ein ihr für ihre Arbeit sehr zustatten kommendes Material zusammen und kann bei der Auskunfterteilung den fragenden Kolleginnen sagen, daß so etwas für die Arbeiterinnen in unserer Zeitung veröffentlicht wird.

Dadurch werden die Arbeiterinnen zum Lesen ihrer Fachzeitung angehalten. Dem Unternehmer und auch den Behörden gegenüber verleiht die Kenntnis solcher Gesetzesverordnungen allen tätigen Kolleginnen die nötige Sicherheit im Auftreten bei der Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen, die der Sache derselben am besten dient. M. H. B.

Mutter und Kind.

Die Stellung der Frau in Staat und Familie hat mit den veränderten Verhältnissen der Gesellschaft eine jeweils andere Beurteilung erfahren. Der bekannte Ausspruch „Die Frau gehört ins Haus“, kennzeichnet so recht die verächtliche Bewertung der Frau im alten preussischen Obrigkeitsstaate. Ungeachtet dessen, daß Hunderttausende ruhiger Frauenhände für die Gesellschaft wertvolle und nützliche Arbeit geleistet haben, wehrte sich die herrschende Klasse mit aller Macht gegen die staatsbürgerliche Gleichstellung der Frau. Erst die aufstrebende Arbeiterbewegung erkannte die volle Gleichberechtigung der Frau an und förderte auch eifrig die Frauenbewegung, die mit der Forderung nach dem Frauenwahlrecht auf dem Plan getreten ist. Die weiteren Forderungen an die Gesetzgebung nach ausreichendem Schutz für Mutter und Kind und insbesondere des unehelichen Kindes haben sich die Beachtung der öffentlichen Meinung erkämpft, und bald sprach man in überschwenglicher Weise von dem Jahrhundert der Mutter und des Kindes. Die Novembertage 1918 haben nun auch den deutschen Frauen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung zurkannt.

Aber mit einer nur halbwegs ausreichenden Fürsorge für Mutter und Kind liegt es noch sehr im argen. Darum wäre es vermessend, heute vom Zeitalter der Frau, der Mutter oder gar des Kindes zu sprechen. Selbst das anerkannt großzügige Hilfswerk der amerikanischen Quäker vermag nicht das namenlose Elend von Hunderttausenden Müttern und Kindern zu beheben. Das Muttergefühl als das höchste und reinste Glück der Frau erweckt Angst und Schrecken angesichts der immer größer werdenden wirtschaftlichen Bedrängnis, in der das deutsche Volk durch den Krieg und eine zügellose Profitwirtschaft hineingeraten ist.

Es bedarf keiner Zahlen, um festzustellen, daß die Erwerbsarbeit der Frauen in erschreckendem Maße zugenommen hat trotz einschränkender gesetzlicher Bestimmungen. Vornehmlich in der Heimindustrie besteht ein Ueberangebot von Arbeitskräften, die oftmals, ja meistens zur Lohnrückerei fähig. Unsere Kolleginnen, die auf sich selbst gestell-

und von ihrer Hände Arbeit leben müssen, erfahren nicht selten die rücksichtsloseste Schmutzkonkurrenz von Frauen, denen die gewerkschaftliche Organisation fremd ist, und die nur, um etwas mitzuverdienen, die Arbeit um jeden Preis verrichten ohne Rücksicht auf die tariflichen Vereinbarungen und die gewerkschaftlichen Grundsätze.

Noch schwieriger ist das Problem der Kinderarbeit. Hier lassen sich Zahlen über den Umfang überhaupt nicht angeben. Fest steht nur, daß mit der steigenden Not auch die Kindererwerbsarbeit gewaltig angewachsen ist. Wieviel Grausamkeit der modernen Kultur verbirgt sich allein hinter dem Begriff „Kinderarbeit“.

Damit ist der Beweis erbracht, daß nicht die sozialistische Weltanschauung die Grundlagen des Familienlebens zerrütet, sondern das profitgierige kapitalistische System, das Mutter und Kind in seinen Bann zwingt. Den Kindern wird der günstige Erziehungseinfluß, die betreuende Mutterliebe genommen, ohne eine ausreichende Fürsorge durch Kinderhorter oder Erziehungsstätten zu schaffen.

Beachtet man weiter, daß z. B. die Berliner Schulen, nur um einige Millionen Mark an Kohlen zu sparen, auf etwa zwei Monate geschlossen werden, wodurch Tausende von Kindern sich den ganzen Tag allein überlassen sind, dann kann man ersehen, welch ungeheurer kultureller Schaden der kommenden Generation erwächst. Unterernährte Kinder in überfüllten Wohnungen ohne genügende mütterliche Pflege, das ist der Nachwuchs, die kommende Generation. Schon hört man allgemein die Klagen der Lehrer über die mindere Aufnahmefähigkeit und den geistigen Tiefstand der heutigen Jugend. Wahrlich, eine schwere Anlage gegen die heutige Gesellschaft. Machen wir einen Mahnruf und zugleich ein heiliges Bekenntnis daraus, alle Kraft der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft einzusetzen, um durch opferfreudige Mitarbeit für eine Besserung der Verhältnisse einzutreten. Ihr Mädchen und Frauen, die ihr gedankenlos euer eigenes Leben führt, ohne Anteil an dem Geschick eurer Klasse, macht euch mitschuldig an dem großen Elend unserer Zeit. Fordert unablässig ausreichende Fürsorge durch Schaffung von Kinderhorten und Erziehungsstätten. Tretet auf in den Gewerkschaften gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Stellt euch der Kinder- und Wohlfahrtspflege zur Verfügung, damit Mutterglück und Kinderfreude wieder Einkehr hält in unseren deutschen Gauen. Dann erst können wir reden vom Zeitalter der Mutter und des Kindes, von Humanität und Menschlichkeit. E.

Ein gutes Buch, ein guter Freund!

Noch viel zu wenig Frauen lesen gute Bücher und noch viel zu viele Frauen lesen schlechte Bücher. Gerade die Frauen der arbeitenden Klasse müßten darauf sehen, daß sie die kurze Zeit, die ihnen hin und wieder zum Lesen übrig bleibt, nur mit gutem Lesestoff ausfüllen. Gänzlich unbegreiflich erscheint es oft, daß Romane, wie die der Courts-Mahler und ähnlicher, Eingang in die Kreise der schaffenden Frau finden können. Gerade die im Lebenskampfe Stehenden müßten sich von derartig verlogenerm Zeug abwenden, das ihnen immer nur Frauen der oberen Schichten schildert und deren sentimentales Gebabe. Unmöglich kann doch die denkende Frau Fühlung zu solchen Phantasiegeschöpfen finden und sicherlich keinerlei Erbauung aus solchen Büchern schöpfen.

Die deutsche Literatur ist wirklich reich an guten Werken. Welch prachtvolle Gestalten schildert uns ein Anzengruber, ein Peter Kolosgar. Welche Fülle und Schönheit und feinem Empfinden entströmt den Werken eines Theodor Storm, eines Gottfried Keller. Sie schildern uns Menschen, an deren Schicksal wir Anteil nehmen können.

Gute Bücher erweitern unseren Gesichtskreis, heben uns gar oft aus der kleinlichen Enge des Alltags heraus. Scheint es auch oft schwer, für die an leichtere Lektüre Gewöhnten, sich in ernsthafte und tiefere Bücher hineinzuversetzen, so werden sie doch bald dahinter kommen, das wirklich Gute zu schätzen und sich von dem Klischee abwenden.

Eine ernsthafte Pflicht für die Mütter ist es, sich um den Lesestoff der heranwachsenden Kinder zu kümmern. So sehr ein gutes Buch zum guten Freund werden kann, so schweren Schaden kann Schundliteratur bei dem jungen Mädel oder Burlesken anrichten. Drum lehr frühzeitig eure Kinder, das Gute vom Schlechten zu unterscheiden, ihnen und euch zum Gewinn.

Rundschau.

Verkehrte Steuererhebung. Mit aller Strenge wird im Deutschen Reich seit zwei Jahren darauf gehalten, daß den Arbeitern und Angestellten regelmäßig von ihrem Einkommen die 10 Proz. Steuern beim Empfang ihres Lohnes sofort abgezogen werden. Vergänglich hat die sozialdemokratische Fraktion wiederholt die Forderung erhoben, Industrie, Handel und nicht zuletzt die Landwirtschaft in demselben Maße zu den Steuern heranzuziehen. Im Gegensatz dazu offenbart sich vielmehr in der Steuererhebung immer mehr eine geradezu skandalöse Bevorzugung der zahlungsfähigen Kreise.

Ein treffendes Beispiel hierfür bietet u. a. das neue Erbschaftssteuergesetz. Während nach dem alten Gesetz die Erbanfallsteuer je nach der Höhe der Erbschaft 4 bis 35 Proz. betrug und letzterer Prozentsatz bereits bei einer Erbschaft von 1 1/2 Millionen gezahlt werden mußte, ist nach dem neuen Gesetz vom Juli 1922 nur ein Steuerfuß von 3,5 bis 17,5 Proz. vorgelesen und sind die 10,5 Proz. erst bei einer Erbschaft von 5 Millionen zu entrichten. Waren also bei einer Erbschaft von 8 Millionen Mark nach dem alten Gesetz 2828 000 Mk. Steuern zu entrichten, so ist dieser Betrag nach dem neuen Gesetz auf 1 400 000 Mk., also auf die Hälfte, herabgesetzt.

Nun kann man es durchaus billiger, wenn mit Rücksicht auf die Geldentwertung jetzt eine Erbschaft unter 50 000 Mk., die an Kinder des Verstorbenen fällt, steuerfrei bleibt, und man wird es auch verständlich finden, wenn bei einem solchen Erbanfall in Höhe von 800 000 Mk. nach dem neuen Gesetz beim Vorhandensein von keinem Vermögen nur etwa ein Drittel, beim Vorhandensein von 800 000 Mark Vermögen sogar nur etwa ein Viertel sozialer Steuer erhoben werden soll, wie nach dem alten Gesetz. Aber keine Entschuldigung gibt es dafür, daß nach dem Gesetz von 1922 auch von den allergrößten Erbschaften noch nicht einmal halb sozialer Steuer entrichtet werden soll, wie das Gesetz von 1919 vorah. Eine solche „Steuerreform“ zugunsten der Reichsten der Reichen in einem finanziell ruinierten Staate dürfte ohne Beispiel in der Weltgeschichte sein.

Nicht der ist auf der Welt verwaist, dem Vater und Mutter gestorben, sondern der für Herz und Geist keine Lieb' und kein Wissen erworben. Friedrich Rückert.

Abrechnungen

vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 27. November bei der Verbandskasse ein von:

- Gau Nordosten 22 000,— Mt., Schwerin 4000,— Mark, Bünde i. W. 6687,— Mt., Münster 1888,30 Mark, Trier 4679,90 Mt., Darmstadt 50 000,— Mt., Kaiserlautern 5000,— Mt., Marburg 7481,25 Mt., Göttingen 6000,— Mt., Wühhäuser 14 200,— Mt., Schleis 30 000,— Mt., Kirchheim-Teck 28 000,— Mt., Regensburg 3757,15 Mt., Gau Südbayern 39 000,— Mt., München 125 000 Mt.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von: Danzig, Köstlin, Neudamm, Neuruppin, Minden i. W., Dortmund, Düsseldorf, Neuwied, Hanau, Mainz, Mannheim-Ludwigshafen, Saarbrücken, Saarlouis, Worms, Erfurt, Gotha, Halle a. S., Ilmenau, Jena, Koburg, Roda, Schmalkalden, Weiskensfeld, Aue i. Erzgeb., Reichenau, Jittau, Zwickau, Freiburg i. Br., Göttingen, Fr. Vender.

Literarisches.

Wesen und Ziel des Arbeitsrechts. Von Heinz Potthoff, München. Broschiert 48 Seiten. Preis 110 Mt. Verlag der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H.

Zu den wichtigsten sozialpolitischen Gesetzen der letzten Zeit zählt die kürzlich erlassene neue Reichspachtschutzordnung vom 29. Juni 1922, welche — ähnlich wie die Kleingartenordnung die Kleingärtner — vor allem kleine landwirtschaftliche Pächter bis zur Größe einer selbständigen Ackerabteilung vor ungerechtfertigten Pachtssteigerungen und willkürlichen Kündigungen schützt. Das Gesetz wird von den Landesbehörden, insbesondere von den landesrechtlich einzurichtenden Pachteinigungsämtern durchzuführen. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, eine Ausgabe der Pachtschutzordnung (Eckpreis zurzeit 136,50 Mt.) veranstaltet, welche vom Ministerialrat Krüger, dem Verfasser des bekannten „Kommentars zum Reichsmietengesetz“ bearbeitet ist und in der die soziale Tendenz des Gesetzes ganz besonders betont wird.

Druckfarben.

Blattmel II, Goldbrunne, Gummiarabicum fault jedes jeden Rest- und Lagerposten

E. Wialler, Mor.-Schreiberhaus (Stiefelgeb.), Strichstraße 15.

Linierer

f. Koffenmaschine Reinhardt (Förste u. Tromm) gesucht.

Adlers Erben G.m.b.H. Math- und Universitätsbuchdruckeri

Hofhof i. W.

Erster Druckeribuchbinder für mittlere Druckeri im West. Berlin zu baldigem Eintritt in dauernde Stellung gesucht. Offerten unter „G. 43“ an die Expedition dieser Zeitung

Grüne u. blaue Buchbinderschürzen in Buchbinderkreise seit Jahrzehnten anerkannte Qualität liefert in Band oder Reite Gr. 80/100, 80/110, 80/120 sowie Arbeitslepp- und Mädel in schwarzem, (fast braun) und Indigoblau zum jeweiligen Tagespreis allerwärts.

A. C. Veltz Verlagsgesellschaft u. Buchverteilung. Gutzgart, Molltefer 77 Tel. 2355. N. B.: Tägl. jährliche Kircnungung-fact. b. m. Rundschiff

Kalifo

kaufst jedes Quantum schwarz oder farbig

Carl Matthia Bremen, Hurelberg.

Radiergummi

in 1a Qualität noch vor-teilhaft

W. O. Löwe Tausch-Preisliste 129.

Glaskylo besonders ausgezeichnet Schmilywood feinst seit 1870 E. Rahmy Glaskylofabrik Augsburg 64

Zahlstelle Berlin.

Wittwoch, den 13. Dezember 1922, nachm. 5 Uhr, bei Rathmann, Wilhelmstraße 118

Große Lehrlingsversammlung.

Tagesordnung:

- 1. Vortrag des Kollegen Stephan: Das Lehrlingswesen im Buchbindergewerbe. 2. Verchiedenes. Die Vertrauenspersonen werden gebeten, die Lehrlinge auf diese Versammlung hinzuweisen. (Kein Zutrittswang.) Die Jugendkommission.

LEIM Leder-, Knochen-, Mischleim

Fordern Sie Offerte m. Gratismustern ein Marcus Lissauer, Hamburg 15 Abt. Leimindustrie — Idastraße 11/13.

Geübten Schnellpresser

an der Vertulespresse für dauernde Beschäftigung gesucht.

Großbuchbinderei Frißsche Berlin-Tschuberg, Bahnhofsstr. 29/30.



Trocken-Kleber, kaltwasserlöslich, ferner Kleistermehl für alle Buchbinderarbeiten Mechler & Co., G. m. b. H. Abt. Chem. Fabrik Mannheim — Industriehafen. Bei Aufträgen Verwendungszweck angeben.

Sterbetafel.

Am November sind uns folgende Mitglieder als gestorben gemeldet worden:

- Annaberg. Richard Stapp, Kartonnagenarbeiter, 43 Jahre, Herzlähmung. — Emil Pöttrich, Zuschneider, 55 Jahre, Hautausschlag. Albersleben. Wilhelm Pflügerreuter, Hilfsarbeiter, 62 Jahre, Kehlkopfoperation. Berlin. Berta Strigte, Buchbinderarbeitlerin, 45 Jahre, Gallensteinleiden. — Karl Kaiser, Buchbinder, 43 Jahre, Lungenüberblutose. — Efriede Semmig, Buchbinderarbeitlerin, 29 Jahre, Wasserfucht. — Marie Gerth, Buchbinderarbeitlerin. — Paul Hehde, Galantorenarbeiter, 45 Jahre, Rippenfellentzündung. — Martha Köthe, Papierarbeiterin, 39 Jahre, Lungenleiden. — Marie Werner, Buchbinderarbeitlerin, 24 Jahre. — Anna Sörstel, Buchbinderarbeitlerin, 45 Jahre, Lungenentzündung. — Wally Wchseil, Buchbinderarbeitlerin, 28 Jahre, Lungenleiden. Dresden. Hedwig Larras, Kartonnagenarbeiterin, 20 Jahre, Verblutung. — Martha Schröter, Kartonnagenarbeiterin, 18 Jahre. — Pauline Walter, Buchbinderarbeitlerin, 50 Jahre, Herzschwäche. — Paul Winkelmann, Linierer, 57 Jahre, Herzschlag. Chemnitz. Emma Ehardt, Buchbinderarbeitlerin, 32 Jahre, Lungenleiden. Dresden. Lina Engelmann, Paderin, 21 Jahre, Lungenentzündung. — Frieda Offermann, Kartonnagenarbeiterin, 25 Jahre, Lungenüberblutose. Düsseldorf. August Vogel, Linierer, 49 Jahre, Freitod.

- Düsseldorf. Walter Grütters, Buchbinder, 31 Jahre, Nierenleiden. — Christian Fenge, Buchbinder, 37 Jahre, Kehlkopfüberblutose. Frankfurt a. d. O. Franz Wölsche, Packer, 53 Jahre, Grippe und Lungenentzündung. Scimma i. Sa. Kurt Schweigler, Papierwarenarbeiter, 35 Jahre, Milzleiden und Gehirnschlag. Gau Hanja. Fritz Baumgart, Buchbinder, 72 Jahre, Altersschwäche. Hamburg. Gertraud Döken, Buchbinderarbeitlerin, 25 Jahre, Lungenleiden. — Luise Behndt, Buchbinderarbeitlerin, 29 Jahre, Leberleiden. — Erna Brütt, Buchbinderarbeitlerin, 21 Jahre, Blutvergiftung. Königsberg i. Pr. Franz Korff, Buchbinder, 48 Jahre, Tuberkulose. Ceipzig. Helene Berger, Buchbinderarbeitlerin, 21 Jahre, Bauchfellentzündung. — Meta Bell, Buchbinderarbeitlerin, 24 Jahre, Wasserfucht. — Anna Wagner, Buchbinderarbeitlerin, 56 Jahre, Herzschwäche. — Otto Hempel, Buchbinder, 59 Jahre, Arterienverkalkung. — Viktor Bernice, Buchbinder, 59 Jahre, Tuberkulose. — Karl Treßinger, Buchbinder, 55 Jahre, Wasserfucht. — Paul Obst, Guiszarbeiter, 52 Jahre, Lungenleiden. — Karl Ries, Buchbinder, 57 Jahre, Herzleiden. Gau Rostland (i. d. Rh.). Maria Ramus, Buchbinderarbeitlerin, 25 Jahre, Operation. Rudoftadt. Marg Apel, Buchbinder, 51 Jahre, Drüsenentzündung.

Allen ein ehrendes Andenken!